

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Naher Osten: Waffenruhe, aber kein Frieden in Sicht – Seite 4**
- **Berlin-Wahlen am 17.9.: Es wird knapp für Rot-Rot – Seite 6**
- **Nazis können Wunsiedel nicht zur Heß-Kultstadt machen – Seite 12**
- **Nach der Tarifkampagne des Marburger Bundes: Ein Betrieb – zwei Gewerkschaften ... – Seite 15**
- **BdV-Ausstellung bestätigt Kritik an geplantem Vertreibungszentrum – Seite 19**

Ausgabe Nr. 17 am 24. August 2006, Preis 1,80 □

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 □ Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 □ (Förderabo 42,90 □), ein Jahresabonnement kostet 59,80 □ (Förderabo 85,80 □). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 □ Sozialabo: 46,80 □ Ausland: + 6,50 □ Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Gegenläufige Tendenzen

destatis, 8.8. scc. Kürzlich erst bekräftigten Studien, dass sowohl das staatliche Bildungswesen wie auch der Arbeitsmarkt rassistisch selektieren. So hat sich von 1994 bis heute der Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund nahezu halbiert. Waren 1994 noch 8% der Auszubildenden ohne deutschen Pass, waren es 2005 nur noch 4,4%. Eine andere statistische Erhebung, die gesellschaftliche Integration betreffend, wies jetzt eine gegenläufige Tendenz auf. Seit 1995 hat sich nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes die Zahl deutsch-ausländischer Paare um 612.000 oder 84% erhöht. Der Anteil dieser Paare – d.h. aller Personen, die als Ehepaar oder in einer nichtehelichen bzw. gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft zusammen leben und einen gemeinsamen Haushalt führen – hat sich damit um knapp 3 Prozentpunkte auf 6,3% nahezu verdoppelt.

Arbeitsnachfrage zieht an – Gesamtmetall besorgt

Tagesspiegel, 17.8., rül. Im Juni 2006 waren in der Metall- und Elektroindustrie 3,41 Millionen Menschen beschäftigt. Das waren 10.000 mehr als im Juni 2005. 7.000 der neuen Jobs wurden dabei aus den neuen Bundesländern gemeldet. Der wirkliche Anstieg der Beschäftigung in der Branche dürfte noch höher liegen, da die seit Jahren im gewerblichen Bereich wie im Angestelltenbereich stark steigende Leiharbeit von den Statistischen Ämtern gar nicht als „industrielle Arbeit“ erfasst wird, sondern dem Sektor „Dienstleistungsgewerbe“ zugeordnet und auch dort gezählt wird. Noch im Frühsommer hatten Gesamtmetall und mehrere Wirtschaftsinstitute gewarnt, der Tarifabschluss mit 3% Anhebung der Vergütungen werde Arbeitsplätze in der Branche kosten. Jetzt reicht schon dieser geringe Anstieg der Beschäftigung, um den Arbeitgeberverband Gesamtmetall nervös zu machen. „Die Euphorie lässt sich nicht fortschreiben“, warnte Heike Kunstmänn, Hauptgeschäftsführerin von Gesamtmetall. Dort ist man offenbar schon jetzt besorgt, dass die IG Metall auf die anziehende Nachfrage mit höheren Lohnforderungen reagieren wird. Für die Stahlbranche hat die IG Metall gerade 7% mehr gefordert. Das dürfe „keine Richtgröße für die Metallbranche“ werden, warnt Frau Kunstmänn.

Mindestlohn für Zeitarbeit?

Berliner Zeitung, 18.8. rül. Bundesarbeitsminister Müntefering prüft nach

einem Bericht der Berliner Zeitung für Zeitarbeiter einen Mindestlohn. Ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums erklärte gegenüber der Presse, große Teile der Zeitarbeitsbranche hätten Interesse an einer Einbeziehung der Zeitarbeitsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz gezeigt und das Gespräch mit dem Ministerium gesucht. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. In der Zeitarbeitsbranche gibt es derzeit zwei Tarife: Einen Tarifvertrag des DGB mit den großen Zeitarbeitsfirmen, der für ungelernte Leiharbeit einen Mindest-Stundensatz von 7,20 Euro vorsieht, und einen deutlich niedrigeren des „Christlichen Gewerkschaftsbundes“ CGB, der Mindestlöhne von ca. 5,60 Euro erlaubt. Das Interesse an einer Allgemeinverbindlichkeit des DGB-Tarifs dürfte von den großen Zeitarbeitsfirmen ausgehen, die sich damit die Schmutzkonkurrenz der Firmen, die CGB-Tarife zahlen, vom Hals schaffen wollen und dabei vom DGB unterstützt werden. Auch der CDU-Arbeitsminister von NRW, Laumann, hatte sich kürzlich für eine solche Regelung ausgesprochen. Mit der Erklärung des DGB-Tarifs als allgemeinverbindlich wäre zwar keine rechtliche, aber eine moralische Norm auch gegen schlechtere Bezahlung errichtet. Ein gesetzlicher Mindestlohn, wie von den Gewerkschaften gefordert, wäre das noch nicht.

Berufsverbände gegen Kronzeugenregelung

BRAK, 18.8., scc. Deutscher Richterbund, Deutscher Anwaltsverein, Bundesrechtsanwaltskammer und Strafverteidiger lehnen in einer gemeinsamen Erklärung den „fragwürdige(n) Handel mit dem Verbrechen“, d.h. den vom Bundesjustizministerium vorgelegten Entwurf einer neuen Kronzeugenregelung ab. Diese Regelung geht noch weit über die abgelaufene Kronzeugenregelung sowie über die so genannten „kleinen Kronzeugenregelungen“ für bestimmte Delikte – § 129, 129a StGB, Geldwäsche und Betäubungsmittelstrafrecht – hinaus. Die Berufsverbände kritisieren generell, dass eine Kronzeugenregelung die Sachverhaltsermittlung erschwert, weil nach allgemeiner Erfahrung die „Kronzeuge(n“ ihre eigene Verantwortung immer wieder auf andere abzuwälzen versuchten, um einer hohen Strafe zu entgehen. Außerdem kritisierten die Berufsverbände, dass nach dem Gesetzentwurf für eine mögliche Strafmilderung bereits Hinweise auf angebliche Taten völlig fremder Personen genügen sollen, die in keinem Zusammenhang mit dem gegen den Kronzeugen erhobenen Vorwurf stehen. Die Regelung greife schwerwie-

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 □ (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 □ je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 □)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 □)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 □)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

gend in den Gleichheits- und Schuldgrundsatz im Strafzumessungsrecht ein und begünstige Denunziantentum und Bespitzelung und eröffne einen nicht kontrollierbaren Missbrauch.

Wieder Verhaftung kurdischer Politiker in Deutschland

isku, 14.8. Am 8. August wurde der kurdische Politiker Muzaffer Ayata in Mannheim festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, PKK-Verantwortlicher für die Region Süddeutschland zu sein. Einen Tag später wurde Riza Erdogan in Duisburg verhaftet.

Beide sind seit vielen Jahren in der kurdischen Bewegung aktiv und in der Bundesrepublik als politische Flüchtlinge anerkannt. Muzaffer Ayata verbrachte bereits zwanzig Jahre in türkischen Gefängnissen. Über seine Erfahrungen hat er ein in türkischer Sprache erschienenes Buch mit dem Titel „Diyarbakir Zindan“ (Der Kerker von Diyarbakir) geschrieben. Vor drei Jahren kam er in die Bundesrepublik, wo er seine politische Arbeit fortsetzte. So betrieb er Lobbyarbeit für die in der Türkei tätige und inzwischen aufgelöste legale politische Partei DEHAP, schrieb Kolumnen und Analysen für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften und setzte sich nicht zuletzt unermüdlich mit den veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen und den Menschen auseinander. Als ein in Deutschland lebender Kurde, dem aufgrund der immer noch ausstehenden Lösung der kurdischen Frage die Rückkehr in sein Herkunftsland verwehrt ist, beschäftigte er sich viel mit der europäischen Kurdenpolitik und bemängelte die unklare Haltung der EU zur kurdischen Frage. So machte er darauf aufmerksam, dass die EU während des heißen Krieges zwischen der kurdischen Guerilla und der türkischen Armee etliche Aufrufe für einen Waffenstillstand und den Beginn eines Dialoges gemacht hatte, nachdem die PKK jedoch den Waffenstillstand erklärt hatte, den Kongra Gel als Nachfolgeorganisation auf ihre Liste terroristischer Organisationen setzte. Ein weiteres wichtiges Thema war für ihn stets der Wandel der kurdischen Bewegung vor dem Hintergrund veränderter weltweiter Rahmenbedingungen. Hierbei plädierte er für das Modell des demokratischen Konföderalismus, das auf Basisdemokratie unter Bewahrung der bestehenden Staatsgrenzen in Kurdistan setzt. Seine Vision formulierte er am 3. Juni 2006 in der in Deutschland erscheinenden Tageszeitung *Özgür Politika*: Das Volk soll keine Lösungen vom Staat erwarten, sondern selbst Lösungen entwickeln. Alle Teile der Gesellschaft sollen gemäß ihrer Überzeugungen und Bedürfnisse auf der Grundlage des Prinzips der Geschlechtergleichberechtigung in Frie-

den und auch mit der Natur in friedlicher Form leben. Anstelle von Feindschaft und Krieg mit Nachbarvölkern, anstelle neuer Grenzziehungen soll ein Leben in Freundschaft, Frieden und Geschwisterlichkeit umgesetzt werden. Das Wesen des demokratischen Konföderalismus ist neben der Selbstorganisation der Völker in demokratischer Form das Zusammenleben der Völker in gegenseitiger Achtung. Anstelle von äußeren Eingriffen oder Provokationen geht es darum, Frieden und Demokratie von der Basis aus zu organisieren.“

Es mag diese Haltung Muzaffer Ayatas sein, die ihn ins Visier des deutschen Staates gebracht hat. Mit Sicherheit steckt hinter seiner Verhaftung aber auch der Druck der Türkei, die eine politische und friedliche Lösung der kurdischen Frage nach wie vor ablehnt und in jüngster Zeit vor allem in ihrem Bemühen aufgefallen ist, die USA und den Irak dazu zu bringen, in Südkurdistan gegen die PKK vorzugehen.

Als Freundinnen und Freunde Muzaffer Ayatas unterstützen wir seine politischen Gedanken und fordern die Bundesregierung und die EU auf, endlich eine konkrete Kurdistan-Politik zu entwickeln, die nicht auf konjunkturellen Interessen basiert, und ihren Beitrag zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage zu leisten. Muzaffer Ayata und Riza Erdogan müssen unverzüglich aus der Haft entlassen werden. *Informationsstelle Kurdistan e.V.*

Nachtrag:

Inzwischen hat YEK-KOM, die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, mitgeteilt, dass aus Protest gegen die Verhaftungen, die anhaltende Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerungsgruppe und die Bedrohung und Überwachung von Vereinsmitgliedern alle angeschlossenen 65 Vereine für einen unbefristeten Zeitraum geschlossen wurden. In Stuttgart, Köln und Berlin wurden Hungerstreiks aufgenommen.

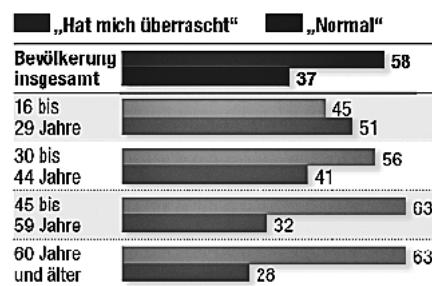
Zeichen gegen Rassismus

www.zfc.de, scc. Der in der Oberliga Nordost Südstaffel spielende Amateurverein ZFC Meuselwitz aus dem Altenburger Land machte Ende Juli folgende Mitteilung:

„Der ZFC Meuselwitz wird in der kommenden Saison ein sichtbares Zeichen gegen Rechts setzen. Die neuen Mannschaftskleider sind neben Sponsor Altenburger Brauerei mit dem Schriftzug: ‚Gegen Rassismus‘ versehen. Nachdem es nicht nur in der NOFV-Oberliga Süd immer wieder in den Stadien rassistische Vorfälle gegeben hatte, ist dies ein konsequentes Zeichen des Vereins und der Mannschaft für ein friedvolles und faires Miteinander auf und neben dem Fußballplatz. Nachahmung empfohlen.“

Überraschendes Schwarz-Rot-Gold

Deutschland-Fahnen und Fanartikel während der Fußballweltmeisterschaft¹⁾ (Prozent der Befragten)



1) Frage: „Während der Fußballweltmeisterschaft waren ja überall viele Deutschlandfahnen und andere Fanartikel in Schwarz-Rot-Gold zu sehen. Hat Sie das eigentlich überrascht, oder fanden Sie das bei einer WM im eigenen Land ganz normal?“ (Befragte im Alter von 16 Jahren und mehr)

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach F.A.Z., Grafik Houmann

Resonanz der vielen Fahnen



Alle Angaben in Prozent Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

FAZ, 16.8. maf. In der regelmäßigen FAZ-Rubrik „Deutsche Fragen – Deutsche Antworten“ stand das Nationalgefühl zum Test. Immer mehr Leute halten nationales Fühlen für unproblematisch, allerdings geht die Identifikation mit spezifischen, tradierten Inhalten des Deutschtums zurück (genannt werden u.a. hoher Rang der Familie, Fleiß und Leistungsbewusstsein, die deutsche Sprache). Nationalstolz beruft sich eher auf technische Hochleistungen, stabile Demokratie, Freiheitsspielräume im politischen System u.ä. Das Selbstbild von Nationen verändert sich mit der zunehmenden Verschränkung der Wirtschaft wie der politischen und gesellschaftlichen Strukturen, meint die Allensbacher Analystin. Wenn das alte Deutschtum zur Identifikation nicht mehr so recht taugt, ob die neuen Maßstäbe international anschlussfähig entwickelt werden oder christlich-abendländisch, ausschließend gegen den Rest der Welt, bleibt offen.

Waffenruhe, aber kein Frieden in Sicht

Wenige Tage nach Verabschiedung der UN-Resolution 1701 gab US-Präsident eine Grundsatzerkklärung zur Außenpolitik ab, die sich ausschließlich mit dem Nahen und Mittleren Osten befasste, und zwar unter den Stichworten des „globalen Kriegs gegen den Terror“ und seinen „drei Fronten“ Irak, Afghanistan und aktuell vor allem Libanon.¹

Die Rede ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Erstens legte Bush die UN-Resolution 1701 in einer Weise aus, als ginge es dabei lediglich um die Durchsetzung der Ziele, die militärisch nicht durchgesetzt wurden, vor allem um die Entwaffnung der Hisbollah und die Stationierung einer „schlagkräftigen internationalen Truppe“.² Zweitens bekräftigte er die Fortsetzung der, wie er es nannte, „zukunftsorientierte[n] Strategie der Freiheit“ im Nahen und Mittleren Osten. Drittens brandmarkte er Iran und Syrien als die eigentlich Verantwortlichen des Libanon-Konflikts – angesichts der Ankündigung, in der „Offensive“ bleiben zu wollen, eine unverhohlene Drohung. Schließlich stellte er den Krieg im Libanon in genau diesen strategischen Zusammenhang und bestätigte damit die Kritik, die USA und die großen EU-Staaten hätten Israel förmlich in den Krieg gestoßen.³

Unerwarteter Kriegsverlauf

Der Krieg hat die USA und die anderen Nato-Mächte auf dem Weg zu einem „Greater Middel East“ nicht vorangebracht, sondern eine unerwartete Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Tage treten lassen. Israel war in diesem asymmetrischen Krieg weit davon entfernt, die gesteckten Ziele zu erreichen. Weder durch die Bombardements bei drückender Luftüberlegenheit noch durch den massiven Einsatz von Landstreitkräften ist es der modernsten und am besten ausgerüsteten Armee des Mittleren Ostens gelungen, die Waffenstellungen, die Führung und die Infrastruktur der Hisbollah auszuschalten. Im Gegenteil, Israel hat herbe Verluste erlitten. Einige Orte konnte die Armee nur nach manchmal tagelangen verlustreichen Gefechten erobern, andere gar nicht. Obwohl die Armee Soldaten mit Hubschraubern absetzen ließ, hat sie den Litani-Fluss, hinter den sie die Hisbollah treiben wollte, nicht erreicht. Bei Eintreten des Waffenstillstandes befanden sich viele

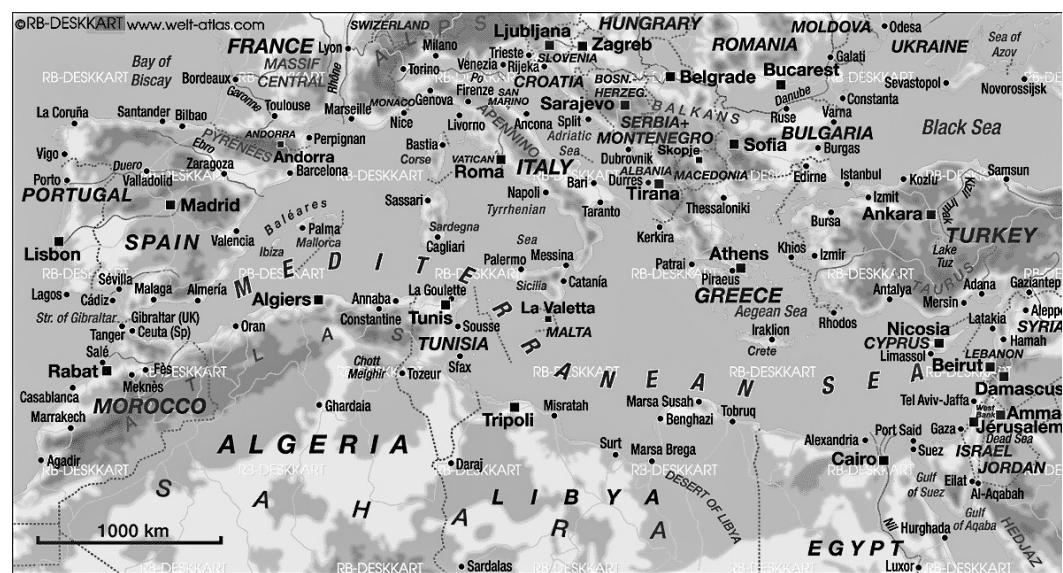
Truppen in einer prekären Situation, auf vorgeschenktem Posten, ohne sichere Nachschubverbindungen, umzingelt von zäh kämpfenden Gegnern. Die Zivilbevölkerung im Norden Israels litt bis zum letzten Tag der Kämpfe unter den Raketenangriffen der Hisbollah. Auch wenn die Opfer unter den libanesischen Kombattanten und der Zivilbevölkerung weit höher sind und die Verheerungen im Libanon weitaus schlimmer ausfallen: Es kamen auch über 150 Israelis ums Leben, 6000 Häuser wurden beschädigt oder zerstört, über 1,5 Millionen Israelis lebten zeitweise in Schutzräumen oder auf der Flucht.

Unterschiedlichen Berichten folge nimmt die Kritik in Israel am Krieg, an der Kriegsführung und an der Waffenruhe zu. Die Rechte, die sich zunächst vorbehaltlos hinter die Regierung gestellt hatte, sieht „Verrat“ am Werk. Uri Avnery schreibt in einem Kommentar von einem Zustand des „Schocks und der Desorientierung“, in dem sich die israelische Öffentlichkeit befindet. „Gerechtfertigte und ungerechtfertigte Anklagen kommen aus allen Richtungen, und man kann nicht voraussehen, wie sich die Sache weiter entwickeln wird.“⁴ Gideon Levy bringt in der Zeitung Ha'aretz die Hoffnung und Warnung linker israelischer Kriegsgegner zum Ausdruck: „Wenn Israel die Schlachten mit einem leichten, überwältigenden Sieg gewonnen hätte, um den die Israelis so sehr gebetet hatten, so hätte dies der israelischen Sicherheitspolitik enormen Schaden zugefügt. Noch ein Knall-auf-Fall-Sieg hätte für uns eine Katastrophe bedeutet. Macht- und siegestrunken würden wir versucht haben, unsere Erfolge in anderen Arenen fortzusetzen. Ein gefährliches Feuer würde die Region gefährden, und kei-

ner weiß, wie das enden mag. (...) Der Erfolg hätte uns wahnsinnig gemacht. Die USA würde uns in eine militärische Kollision mit Syrien getrieben haben, und siegestrunken wären wir in großer Versuchung gewesen. Der Iran wäre das nächste Ziel gewesen. (...) Israel wird jetzt hoffentlich zweimal darüber nachdenken, bevor es in ein noch gefährlicheres militärisches Abenteuer schliddert.“⁵

Eu-Nato-Grenzkrieg droht

Aufgrund des Kriegsverlaufs ist es nicht gelungen, die Nato direkt im Libanon zu stationieren und damit im Nahen Osten in Stellung zu bringen. Aber bei dem Versuch, eine „schlagkräftige internationale Truppe“ auf die Beine zu stellen, zeichnet sich bei Redaktionsschluss (22.8.) Folgendes ab: Die UN-Truppe im Libanon (Unifil) wird auf 15.000 Soldaten aufgestockt und mit einem „robusten Mandat“ ausgerüstet. Davon werden voraussichtlich um die 8000 Soldaten von EU-Mitgliedstaaten gestellt. Nicht Frankreich, sondern Italien wird voraussichtlich die Führung übernehmen, unter der Bedingung, dass sich die EU beteiligt. Das italienische Kabinett hatte vor dieser Wendung bereits die Beteiligung an der Truppe einstimmig beschlossen, von ca. 3000 Soldaten ist die Rede (FAZ, 18.8.). Nimmt man hinzu, dass vor allem Spanien ein größeres Kontingent schicken will, dass die griechische Regierung die Bereitstellung von Soldaten wohlwollend prüft, dass sich die EU ganz besonders um die Beteiligung der Türkei bemüht⁶, die 1.500 Soldaten zu entsenden erwägt, und dass die deutsche Bundesregierung eine „bedeutende maritime Komponente“ zur Kontrolle der gesamten libanesischen Küstenlinie, also der Seeseite



Ermutigende Verweigerung

Die israelischen Organisationen New Profile und Yesh Gvul melden, dass sich viele Soldaten und Reservisten der israelischen Armee dem Kriegseinsatz im Libanon entzogen haben und „Hunderte“ ihn verweigerten. Mindestens zehn Verweigerer sind derzeit inhaftiert. Weitere müssen mit Verfahren rechnen. Drei Beispiele:

Der 28-jährige Hauptmann Amir Pasteur erklärte am 30. Juli, dass „die Teilnahme am Krieg den Werten widerspricht, mit denen ich erzogen worden bin“. Er wurde in einem Disziplinarverfahren zu 28 Tagen Haft verurteilt, nachdem er seine Untergebenen über seine Entscheidung informiert hatte.

Hauptfeldwebel Omri Zeid weigerte sich, dem Befehl nachzukommen, 150 Raketen auf das libanesische Dorf Mjadara abzufeuern. Zeid nahm seinen Rucksack und erklärte den anderen Soldaten: „Ich bin nicht bereit, Teil einer Armee zu sein, die auf Frauen und Kinder schießt.“ Er wurde einen Tag später aus der Armee entlassen. Ein Verfahren wurde bislang nicht eröffnet.

Der 23-jährige Hauptfeldwebel D.Y. weigerte sich, den Reservedienst in den besetzten Gebieten anzutreten. Er erklärte: „Ich will nicht dem Apartheidssystem dienen, das der Bevölkerung in den besetzten Gebieten von unserer Regierung auferlegt wurde. Ich weigere mich auch, an diesem sinnlosen Krieg teilzunehmen, wie auch an



„Morgen gehe ich ins Gefängnis“ – ein Verweigerer erläutert vor 10.000 Teilnehmern einer Demonstration gegen den Krieg am 5.8. in Tel Aviv seine Beweggründe

Handlungen, die als Kriegsverbrechen anzusehen sind. Dieser Krieg ist auch schädlich für die Bevölkerung in Israel.“ Er wurde am 8. August zu 28 Tagen Haft verurteilt.

Nach Angaben der oben genannten Gruppen muss eine größere Zahl von Verweigerern nicht damit rechnen, sofort angeklagt oder bestraft zu werden. Den meisten werde von ihren Kommandeuren empfohlen, sich unerlaubt von der Truppe zu entfernen, womit Strafmaßnahmen erst zu einem späteren, weniger dringenden Zeitpunkt erfolgten. Verweigerer berichten auch darüber, dass viele andere den Dienst verlassen, indem sie ins Ausland gehen,

sich unerlaubt entfernen oder sich aus medizinischen Gründen zurückstellen lassen.

Connection e.V., eine Organisation, die sich international für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure einsetzt, ruft zur Unterstützung auf, unter anderem zu Spenden für den Rechtshilfefonds für israelische Kriegsdienstverweigerer auf das von Connection e.V. eingerichtete Sonderkonto 70 85 702 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 20 500. Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Sie werden an die israelischen Organisationen weitergeleitet.

Quelle: www.connection-ev.de/index.html

angeboten hat, dass darüber hinaus Israel alle Entsendungsangebote von Staaten aus dem islamischen Kulturkreis mit Ausnahme der Türkei ablehnt, werden die Konturen der Nato-Strategie deutlich: Mit der Entsendung einer solchen UN-Truppe droht der Libanon-Konflikt, laut Bush „Teil eines umfassenderen Kampfes zwischen Freiheit und Terror“ und dritte „Front des globalen Kriegs“, zu einem lang andauernden EU- bzw. Nato-Grenzkrieg auszuweiten, dessen Ausgang ungewiss ist.

Tiefe Krise

Auch wenn von „globalem Krieg“, genauer einem Weltkrieg (noch) nicht gesprochen werden kann, ist kaum zu bestreiten, dass das Zusammenleben auf der Welt von einer tiefen und sich verschärfenden Krise ganz erheblich gestört ist. Von dieser Krise bleiben die Gesellschaften nicht unberührt, von denen die Störung maßgeblich mit ausgeht.

Die jüngsten Ereignisse in Großbritannien und der BR Deutschland stehen in engem Zusammenhang mit den Entwicklung an den „drei Fronten“ im Nahen und Mittleren Osten und mit dem,

was der US-Präsident die „zukunftsorientierte Strategie der Freiheit“ nennt.

Dass junge Männer so vollständig die Orientierung verlieren, dass sie Flugzeuge über Großstädten explodieren lassen wollen, um eine möglichst große Zahl von Menschen zu töten, oder Regionalzüge in Brand zu setzen versuchen, bedarf der Erklärung, wenn man sich nicht von der Propaganda der Schlacht der zivilisierten Welt gegen die Achse des Bösen und den rassistischen Feindbildern mitreißen lassen will.⁷

Die jetzt in Großbritannien unter Anklage gestellten Tatverdächtigen sind ganz überwiegend junge Einwanderer zwischen 17 und 35 mit guter Schulbildung und in materiell gesicherten Verhältnissen lebend, sie kommen aus, wie es heißt, „integrierten Einwandererfamilien“. Der seit letztem Jahr in der BRD lebende und in Kiel verhaftete junge Libanese war nicht, wie zunächst berichtet, Student der Mechatronik, sondern hat gerade das Studienkolleg zur Vorbereitung seines Studiums erfolgreich abgeschlossen und hätte mit dem Studium beginnen können. Es handelt

sich hier wie dort – und Entsprechendes lässt sich auch von den Attentätern des 11.9. sagen, die zuvor in Hamburg lebten – nicht um Marginalisierte, nicht um Opfer der Modernisierung, sondern um Menschen, die sich offensichtlich auf die Moderne eingelassen, ihr Regelwerk adaptiert hatten und ihre Erwartungen entsprechend ausrichteten – und sich brutal zurückgewiesen sahen.

Auf ein Schlüsselproblem wiesen kürzlich in einem offenen Brief an die britische Regierung zahlreiche islamische Organisationen (die seit über einem Jahr mit der Regierung in einem Dialog stehen) sowie drei der vier islamischen Unterhausabgeordneten und drei der vier islamischen Lords des Oberhauses hin: Die Unterzeichnenden forderten die Regierung unter Hinweis auf den Irakkrieg und die ausbleibenden Anstrengungen zur Beendigung der Bombardierung der Zivilisten im Libanon auf, ihre Außenpolitik zu ändern, um deutlich zu machen, dass sie das Leben von Zivilisten wertschätzt, egal wo sie leben. Dass die zivilen Opfer der verschiedenen Gesellschaften verschieden gezählt werden, die einen ins Gewicht

fallen und die anderen als Kollateralschäden billigend ein Kauf genommen und abgetan werden, spricht dem Gleichheitsgrundsatz Hohn, auf den sich die Moderne beruft. Nichts macht die Zurückweisung, die Ausschließung deutlicher. Die kühle Antwort der britischen Regierung auf den offenen Brief, die den Zusammenhang zwischen Außenpolitik und Terrorismusproblem als „größtmöglichen Irrtum“ abtat, und die hetzerischen Kommentare in westlichen Medien, die seinen Unterzeichnern „Erpressung“ vorwarfen, setzen der verblendeten Arroganz der Macht ein Denkmal. Auf diesem Boden gedeiht der Hass.

Dass das tief verletzte Gerechtigkeitsgefühl junger Muslime in Fundamentalismus und Terror umschlägt, ist nicht zwangsläufig, und letztlich hat jeder die Wahl. Aber das gilt für alle, und es liegt an uns, an der Linken, der Friedensbewegung, den Organisationen der Zivilgesellschaft, die Entfesselung des „globalen Kriegs“ und die Mitwirkung der BRD zu verhindern.

scc

1 George W. Bush erörtert amerikanische Außenpolitik, dokumentiert in einer Übersetzung des Amerika-Dienstes der US-Botschaft in Deutschland unter: www.friedensratschlag.de

2 Die Resolution, die in deutscher Sprache unter www.friedensratschlag.de dokumentiert ist, spiegelt dagegen durchaus einerseits den Kriegsverlauf, andererseits widersprüchliche Auffassungen der Veto-Mächte zum Nahost-Konflikt wider. Bei aller Einseitigkeit hebt sie schließlich auch ab auf einen „umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage aller seiner einschlägigen Resolutionen ...“, namentlich der Resolutionen 242 (1967) ... 338 (1973) ... und 1515 (2003) ... „,das heißt auf die gesicherte Existenz eines palästinensischen Staates und Israels in den Grenzen von 1967.“

3 Fanny-Michaela Reisin, israelische Friedensaktivistin und Mitglied der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, erklärte am 3.8. im Deutschlandfunk zu den Ursachen des Krieges: „Ich selber habe jetzt seit längerer Zeit – ich glaube seit zwei Jahren, gut zwei Jahren – das Projekt der USA und auch natürlich der großen Länder der EU – namentlich Bundesregierung, Großbritannien und Frankreich – verfolgt, das eine neue Weltordnung zum Ziel hat. Und Teil dieser neuen Weltordnung ist ein Projekt mit dem Namen ‚Greater Middle East‘, und da geht es doch nicht nur um Stabilität, sondern schon um eine Vormachtstellung der G-8-Staaten und der NATO in der Region.“

4 Uri Avnery, Vom Wahn zur Depression, ZNet 16.8.

5 Gideon Levy, Die positive Seite des Scheiterns, Ha'aretz, ZNet 13.8.06

6 Siehe u.a. Tagesspiegel, 21.8., NZZ, 22.8.

7 Dabei kommt es zu furchtbaren Erscheinungen. In der vergangenen Woche weigerten sich mehrere Familien, in das Flugzeug einzusteigen, das 150 Urlauber von Malaga nach Manchester zurückbringen sollte, bevor nicht zwei junge Männer „asiatischen Aussehens“ aus dem Flugzeug entfernt würden, die verdächtig aussahen. Die Fluggesellschaft gab nach, die beiden wurden aus dem Flugzeug geholt, stundenlang von der spanischen Polizei verhört und konnten erst danach mit einem späteren Flug die Heimreise antreten.

Berlin-Wahlen am 17.9.

Es wird knapp für Rot-Rot

Vier Wochen vor dem Wahltermin am 17. September hat in Berlin die „heiße Phase“ des Wahlkampfes begonnen. Am 17. August läuteten Linkspartei.PDS und Grüne ihren Wahlkampf mit großen Auftaktveranstaltungen ein. Einer der Hauptredner bei der Linkspartei war dabei Oskar Lafontaine, der damit auch öffentlich seine Ablehnung der WASG-Eigenkandidatur erneut deutlich machte.

Knappe Mehrheit für Rot-Rot in den Umfragen

Die Ausgangslage ist gegenüber den in dieser Zeitschrift vor einigen Wochen berichteten Wahlprognosen fast unverändert: Die SPD liegt in den Umfragen bei 30 bis 33%, würde damit gegenüber 2001 wenige Punkte zulegen und ist mit Abstand stärkste Partei. Der SPD-Spitzenkandidat Wowereit schlägt seinen Herausforderer Pflüger von der CDU bei allen wichtigen Themen – Wirtschaft, Haushalt, Bildung, Soziales – in Umfragen um Längen. Wowereit spielt weiter mit der Option, er könne sich sowohl eine Koalition mit der PDS wie mit den Grünen vorstellen. Ansonsten bläst seine Partei die Backen auf und will künftig in der Bundes-SPD „mehr mitgestalten“ – angesichts des Mitglieder- und Wähler-Gewichts der Berliner in der Bundes-SPD eine etwas großmäulige Ankündigung.

Pflügers CDU dümpelt weiter bei 20 bis 22% und würde damit noch schlechter abschneiden als 2001, als der von Diepgen und Landowsky geführte Berliner Pleitesenat nach dem Landesbank-Debakel mit erdrutschartigen Verlusten abgewählt wurde. Vor dem Hintergrund einer inzwischen auch bundesweit schlechten Stimmung für die Union versucht Pflüger nun, wenigstens das Image des „Kandidaten auf Durchreise“ abzuschütteln. Er will seine bundespolitischen Ämter (Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Bundestagsmandat) aufgeben und nach der Wahl sein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus annehmen. Außerdem hat er sich ein Schattenkabinett zugelegt, das aber selbst in der strikt auf CDU-Kurs agierenden Springer-Presse wenig Begeisterung auslöst.

Die Linkspartei.PDS, die 2001 auf einen Spitzenwert von 22,6% gekommen war, wird derzeit – je nach Institut – bei 15 bis 16% bewertet und würde damit fast ein Drittel ihrer Wähler/innen verlieren. Bleibt es dabei, fiele die PDS auf ein Niveau zurück, aus dem sie sich Mit-

te der 90er Jahre mühsam hochgearbeitet hatte. Im Ostteil Berlins könnte erstmals die SPD mehr Wählerstimmen erhalten, im Westen ziehen die Grünen PDS-Wähler zu sich. Wahlziel der PDS ist deshalb „17 Prozent plus x!“, um eine rot-rote Mehrheit zu erhalten und weiter mit der SPD zu regieren.

Die Grünen fühlen sich im Hoch und werden auch von der Bundespartei nach Kräften unterstützt. Berlin soll das erste Bundesland werden, in dem nach langer Zeit wieder eine rot-grüne Koalition ans Ruder kommt. Ob das gelingt, ist aber zweifelhaft. Derzeit liegen die Grünen trotz großer Zugewinne gegenüber 2001 noch hinter der PDS.

Die FDP profitiert zwar von der Schwäche der CDU, liegt aber in den Umfragen unter ihrem Wahlergebnis von 2001, als sie erstmals seit Jahren wieder ins Berliner Abgeordnetenhaus einzog. Die WASG schließlich rechnet sich selbst zwar unverdrossen mehr als 5% Wählerpotenzial aus, liegt aber in den Umfragen eher bei 1% – und damit noch weit hinter der NPD, der 3 bis 4% zugetraut werden, was den Einzug in eine oder mehrere Bezirksverordnetenversammlungen bedeuten könnte.

Zusammen kommen CDU, FDP und Grüne derzeit knapp an die Umfragewerte von Rot-Rot heran, so dass der Ausgang der Wahlen noch als offen gilt.

Themen: Wirtschaft, Arbeitsmarkt

Wichtigste Themen sind derzeit Wirtschaft und Arbeitsmarkt, gefolgt von Bildung und Ausbildung. Dass Berlin Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum und Spitze bei der Arbeitslosenrate ist, wie CDU und FDP unisono in den Vordergrund ihrer Propaganda stellen, hat sich als Problem inzwischen herumgesprochen, ist also nicht neu. Außerdem war das unter den CDU geführten Senaten der 90er Jahre nicht besser, und die Berliner Wirtschaftsleistung steigt langsam wieder, die Arbeitslosenrate fällt etwas. Der höhnische Fingerzeig auf diese seit Jahren bekannten Schwierigkeiten der größten deutschen Metropole kommt deshalb bei vielen nicht gut an, zumal dann nicht, wenn CDU und FDP dafür Rot-Rot verantwortlich machen wollen.

DGB und IG Metall machen deshalb aus ihrer Sympathie für eine Fortsetzung von Rot-Rot keinen Hehl. Bei einer „DGB-Industrietour“ mit Wowereit und PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf mit einem Bus voller Journalisten und Betriebsräten zu Berliner Industriebetrieben (Parole des DGB: „Innovation und Qualität statt Billiglohn“, ähnliche Touren mit der grünen Spitzenkandidatin Eichstädt-Bohlig und mit Pflüger sollen folgen) machten der DGB-Vorsitzende Dieter Scholz ebenso wie Vertreter der IG Metall am 16. August aus ihrer Zustimmung zur Industriepolitik von Harald Wolf keinen Hehl.

Wowereit reagierte dünnhäutig: Auch er halte Industrie für wichtig, sei keineswegs nur Anhänger von Kultur, Medien, Tourismus und Party, blaffte er Journalisten an. Genau das Bild von ihm herrscht aber in der Öffentlichkeit weiter vor.

Auch die Grünen wollen mit Wirtschaft punkten, stehen dem Thema „Industriepolitik“ aber etwas ratlos gegenüber, als wolle da jemand auf dem Kudamm ein Stahlwerk aufstellen. Ihre Hoffnung geht eher in Richtung „Wissensgesellschaft“, das heißt steigende Beschäftigung für Menschen mit akademischer Ausbildung. Was aus den anderen werden soll, wissen die Grünen auch nicht. Ihre „Zukunftsbranchen“ sind Medizin, Umwelt, Wind- und Solarenergie und die „Kreativwirtschaft“, also Medien, Musikwirtschaft etc. Konzerne wie Springer, Sony und RTL/Bertelsmann werden darüber schmunzeln.

Bei der FDP finden sich zum Thema Wirtschaft nur einfältige Lösungen wie „Unternehmer und Arbeitsplätze her“ und der Ladenhüter „Entbürokratisierung“. Der zündet aber nicht, weil auch SPD und PDS „entbürokratisieren“, z.B. bereits angekündigt haben, nach Inkrafttreten der Föderalismusreform die Reste des Ladenschlussgesetzes aufzuheben. Nur sonntags sollen die Geschäfte künftig in der Regel noch geschlossen bleiben. Dass Berlin keine Sperrstunde hat, ist zudem weltweit bei Touristen bekannt, so dass der FDP nur noch groteske „Entbürokratisierung“-Ideen bleiben wie „mehr Auslauf für Hunde“. Ansonsten will die FDP hemmungslos privatisieren: Sparkasse, Haifengesellschaft, Verkehrsbetriebe, Stadtreinigung, alle Krankenhäuser, alle Berliner Wohnungsgesellschaften – alles. Nur die Wassergesellschaft, die unter CDU/SPD vor ca. zehn Jahren privatisiert wurde und Berlin inzwischen die bundesweit höchsten Wasserprix beschert, so dass auch IHK und Unternehmer bei dem Thema tobten, soll sogar bei der FDP „rückabgewickelt“ werden, sprich: zurück in Landesbesitz.

Der CDU fällt wirtschaftspolitisch auch nicht viel ein. Sie unterstützt den DGB bei dessen Kritik an Wowereit, er vernachlässige die Industrie, will die Gewerbesteuer senken, mehr Mittel für Neuansiedlung und Neugründung von Unternehmen und kündigt im Wahlprogramm an, sie werde „die Spalten der deutschen Wirtschaft ansprechen und für ein Engagement in der deutschen Hauptstadt gewinnen“. Das sei „patriotische Aufgabe“. Ärgerlich nur, dass ausgerechnet das Vorzeige-Unternehmen DaimlerChrysler am 17.8. mitteilte, man werde die Berliner Niederlassung „DC Forschung“ mit ca. 300 F&E-Beschäftigten nach Stuttgart verlagern. Die großen Daimler-Immobilien am Potsdamer Platz, zu Zeiten von Ex-Daimler-Chef Reuter gebaut, stehen oh-

nehin auf der konzerninternen Verkaufsliste, was auf dem Immobilienmarkt schon für Aufruhr sorgt.

Die Linkspartei.PDS steht mit ihrem Senator Wolf deshalb beim Thema Wirtschaft/Arbeitsmarkt eher gut da. Wolf hatte die Kritik der Gewerkschaften, der Senat folge dem falschen Leitbild einer „Dienstleistungs- und Kulturmetropole“ und lasse die Industriebeschäftigten bei ihrem Kampf gegen Stilllegungen und Entlassungen allein, frühzeitig aufgegriffen. Sein Engagement gegen Betriebsschließungen und seine aktive Industriepolitik haben ihm in den Gewerkschaften wie bei vielen Unternehmen Anerkennung verschafft. Außerdem will er Gelder der Job-Center, die zur Zeit in Ein-Euro-Jobs fließen, zur Unterstützung sozialversicherungspflichtiger Jobs verwenden. Ein ähnliches Programm „Stelle statt Stütze“ läuft schon erfolgreich. Auch gegen Jugendarbeitslosigkeit gibt es ein Programm, das sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund wendet und deren Chancen auf betriebliche Ausbildung verbessert. Auch das findet Anerkennung. Nur der jüngste Einfall des Senators, Berlin solle im Bundesrat versuchen, die Mehrwertsteueranhebung zu stoppen, dürfte unter der Rubrik „Populismus, geht vorüber“ einzustufen sein.

Erklärungen des Unternehmerverbands, Rot-Rot sei ein Unglück der Stadt, kommen vor diesem Hintergrund als durchsichtige CDU-Wahlhilfe daher, zumal bekannt ist, dass Wolf z.B. mit der IHK eng kooperiert. Das Münchner Magazin „Focus“ hatte letzte Woche mit der Schlagzeile aufgewartet, dem Senator drohe ein Gerichtsverfahren, weil er dem Entsorgerkonzern Alba (dessen Vorstand Schweitzer ist Berliner IHK-Präsident) auf Kosten des Landes und der Berliner Stadtreinigung BSR unerlaubt Millionen-Vorteile verschafft habe. Jetzt hat sich das Magazin dafür mehrere teure Widerrufs- und Unterlassungsverfügungen eingehandelt, die das zuständige Gericht bestätigt hat. Diese erste Wahlkampf-Ente dürfte damit mausetot sein.

Bildung: Viel Schnittmengen für Rot-Rot-Grün

Zweites großes Thema ist die Bildung. SPD, PDS und Grüne haben da viele Schnittmengen. Alle wollen mehr Geld für die Bildung, mehr Studienplätze an Berliner Hochschulen, aber auch Strukturreformen in Richtung Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems. Schon jetzt gibt es in Berlin bis zur sechsten Klasse einheitliche Grundschulen. PDS und Grüne wollen diese einheitliche Schule noch ausbauen. Die PDS kleidet das in die Parole, Berlin müsse „skandinavisch schlau“ werden. Die SPD-Linken sind auch dafür, Wowereit zögert aber. Auf Druck der Springerpresse

knickte er schon öffentlich ein und verkündete, mit ihm werde es keinen „Kulturtkampf“ gegen Gymnasien geben. Trotz dieses Disputs und obwohl die Grünen, ähnlich wie FDP und CDU, ihre große Liebe zu freien Trägern und privaten Schulen bekunden, gibt es beim Thema Bildung viel Übereinstimmung für Rot-Rot-Grün. Die Grünen versuchen mit dem Vorschlag zu punkten, jeden fünften Euro, den Berlin in Zukunft mehr einnehme, für Bildung und Wissenschaft auszugeben. Auf die verwunderte Frage eines Reporters, woher denn diese Mehreinnahmen kommen sollten, antwortete ihm die grüne Spitzenkandidatin: zum Beispiel aus der Mehrwertsteuererhöhung. Irgendwie scheint es da innerparteilich noch Abstimmungsbedarf zu geben – sind die Grünen nun für oder gegen die Mehrwertsteueranhebung?

Bundesweit Beachtung und Kritik aus CDU-Ländern hat Wowereit mit seiner Ankündigung geerntet, jeden Kita-Besuch künftig gebührenfrei machen zu wollen. Wie er das finanzieren will, ist noch unklar. Bundesweit hat Berlin schon lange eine vergleichsweise gute Ausstattung mit Kitas, trotz Schließungen und Privatisierungen in den letzten Jahren. Wenn diese Kitas jetzt wieder vollständig gebührenfrei werden, würde das der SPD gerade bei jungen Familien Zuspruch verschaffen.

Bürgerrechte, Law & Order

Hier steht die Linkspartei.PDS ganz schlecht da, lässt sich teilweise sogar von der SPD, vor allem aber von den Grünen links überholen. Im Wahlprogramm der SPD findet sich beispielsweise die Forderung, Einbürgerungsverfahren zu beschleunigen. Bei der Linkspartei findet sich dazu trotz auch in Berlin rückläufiger Einbürgerungszahlen und trotz anhaltender Kritik an menschenunwürdigen Schikanen der Ausländeramt kein Wort. Die Grünen fordern zudem, das zentrale Ausländeramt aufzulösen und Einbürgerungen an die Bezirke abzugeben. Sie kritisieren die Abschiebung von Flüchtlingen, fordern besseren Schutz für Menschen ohne Papiere – all das sucht man im Programm der Linkspartei.PDS vergebens.

Kein Wunder, dass die Grünen bei dem Thema punkten, auch wenn sich in der Realität unter Rot-Rot in Berlin viel geändert hat. Flüchtlingsheime gibt es nicht mehr, Gutscheine für Flüchtlinge auch nicht, und die von vielen Demos einschlägig bekannten „Prügel-Abteilungen“ der Bereitschaftspolizei wurden gleich nach Regierungsantritt umstrukturiert und so aus dem Verkehr gezogen. Selbst beim Thema Abschiebungen hat Berlin nun den Vorreiter gemacht. Innensenator Körting (SPD) setzte alle Abschiebungen von langjährig „geduldeten“ Flüchtlingen außer Vollzug, im Vorgriff auf eine zu erwar-

tende Einigung der Innenministerkonferenz, wie er sagte. Ob es zu dieser Einigung am Ende wirklich kommt, bleibt abzuwarten. Noch tobten Beckstein, Schönbohm & Co. Aber die vielen langjährig geduldeten Flüchtlingsfamilien in Berlin, z.T. mit hier geborenen und aufgewachsenen Kindern, sind nun wenigstens eine Zeitlang vor Abschiebung geschützt.

Auf der anderen Seite sucht die CDU mit schroffen Law&Order-Lösungen zu punkten. Flächendeckende Videoüberwachung, Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende, Abschiebung von Straftätern mit Migrationshintergrund, Wiederaufbau der „freiwilligen Polizeireserve“, harter Strafvollzug, Neubau eines Gefängnisses, härtere Strafen für Graffiti – kein Thema aus dem Arsenal verbohrter Hau-drauf-Strategien im Bereich Innere Sicherheit fehlt. Beckstein hätte seine helle Freude. Auf der anderen Seite ist es vermutlich gerade dieses engstirnige, deutschtümelnd-verbohrte Hau-Drauf-Image, das selbst bei Teilen der sonst für CDU-Positionen durchaus offenen Mittelschicht nicht ankommt. So viel Überwachungs- und Reglementierungswut geht selbst dem liberalen Bürgertum zu weit. Bei Lebenswandel, Partnerschaft und anderen privaten Dingen möchte man auch mal ungestört bleiben. Auch die Ablehnung ei-

nes Moscheebaus in Pankow dürfte CDU-Spitzenkandidat Pflüger am Ende Stimmen kosten. Sein Versuch, sich als liberaler, aufgeklärter, kosmopolitisch-weltmännischer Staatsmann zu geben, scheint fehlzuschlagen.

Sorgen vor niedriger Wahlbeteiligung

Bleibt es bei dieser Konstellation, dann ist das Risiko nicht gering, dass am Ende die Wahlbeteiligung niedrig sein wird. Damit wächst das Risiko böser Überraschungen am braunen rechten Rand, zumindest in einigen Bezirken. Die CDU kann ihre Leute nicht mobilisieren, sie hat schlicht keine Leute und kein Konzept. Die FDP wird verspottet, das böse Wort vom „Leichtmatrosen“ trifft nicht nur auf Westerwelle im Bund zu, sondern auch auf den Berliner FDP-Chef Lindner. Die SPD müht sich, schwächelt aber beim Thema Wirtschaft und hat mit einem arroganten Finanzsenator und einem bräsig-hochnäsigen alten Bildungsseminar gleich zwei schwache Leute an der Spitze. Die PDS hat Senatsmitglieder, deren Arbeit auch über die Partiegrenze hinaus Anerkennung findet, verliert aber bei alten Wählern im Osten und bei jungen Wählern im Westen. Ein schlüssiges Konzept für eine solidarische, weltoffene Stadt, das soziale Gerechtigkeit, Ausbau der Bürgerrechte mit wirtschaftlichem Wach-

tum und Abbau der Arbeitslosigkeit verbindet, hat die PDS – nicht nur in Berlin – bis heute nicht. Die Grünen gewinnen, vor allem bei akademischen Berufen im Berliner öffentlichen Dienst, aber auch nur da. Sie bleiben eine enge Klientel-Partei. Damit sind am Wahlabend derzeit sowohl ein Erfolg von Rot-Rot, eine rot-grüne Mehrheit, aber auch eine rot-rot-grüne Notgemeinschaft gleich mögliche und wahrscheinliche Ergebnisse.

Pikant ist dabei, dass ausgerechnet die Grünen eine Rückkehr Berlins in den Arbeitgeberverband und damit in den Flächentarif für den öffentlichen Dienst schon jetzt als nicht finanzierbar erklären (damit stehen sie FDP und CDU nahe), während die PDS verkündet, sie wolle zurück zum Flächentarif.

Entschieden werden solche Fragen aber ohnehin erst nach der Wahl. Denn erst im Oktober wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verkündet, ob Berlin die beantragten Sonder-Bundeshilfen zum Abbau seiner Verschuldung erhält oder nicht. Erst dann sind wenigstens die Rahmendaten für die künftige Landespolitik klar.

rül

Quellen: Wahlprogramme von SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei.PDS; Berliner Morgenpost, Bild, 17.8.06; Berliner Morgenpost, 18.8.06

Aufruf der Wählerinitiative Neue LINKE.Berlin*

Mit der Gründung der gemeinsamen neuen Linken in Deutschland verbinden wir Hoffnungen, Erwartungen und Forderungen. Wir wollen eine starke Linke, die ihren Einfluss ausbaut für mehr Solidarität in der Gesellschaft, für eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit, für Chancengleichheit in der Bildung und für Demokratie. Wir wollen eine Welt, frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg.

Die Politik der CDU und der SPD in der großen Koalition erfordert den Aufbau einer neuen Linkspartei, die sich als Teil des Widerstands gegen Sozialabbau im Innern und aggressive Politik nach außen versteht. Ange-sichts der antizonalen Angriffe können wir uns eine Spaltung der Linken nicht leisten. Die neue Linke wird nur erfolgreich sein als Teil der gewerkschaftlichen, sozialen- und Friedensbewegung.

Wir wollen, dass die Linke in den kommenden Jahren auch in Berlin eine Politik gegen Privatisierung, Lohn- und Sozialabbau betreibt.

Wir wollen die Förderung von existenzsichernder Arbeit statt bezahlter Arbeitslosigkeit.

Wir wollen, dass die Chancen Berlins als Arbeitsort für ökologisch wertvolle Produktion und Dienstleistungen

ausgebaut und Industriearbeitsplätze solidarisch mit den Gewerkschaften verteidigt werden. Zentrales Anliegen der Linken ist die Bekämpfung prekärer Beschäftigung.

Wir wollen das Engagement für die soziale Lage der von Hartz IV Betroffenen: die Abwendung von Zwangsumzügen, Beratung und Unterstützung beim Geltendmachen der Ansprüche, solange die Überwindung von Hartz IV nicht gelungen ist. Dazu gehört auch der Kampf um die Herabsetzung des Preises des Sozialticket auf 18 Euro.

Wir wollen, dass der öffentliche Sektor in Berlin gestärkt, die Tarifverträge und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesichert werden.

Wir wollen, dass die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand verteidigt und erhalten wird.

Wir wollen nachhaltige Verbesserungen im Berliner Bildungswesen; den Einstieg in ein durchgängig integratives und leistungsfähiges Schulsystem für alle Berliner Kinder. Keine Einführung von Studiengebühren bzw. vergleichbaren Studienkontenmodellen; keine Privatisierung der Universitäten.

Wir wollen mehr direkte Demokratie, z.B. durch die Erleichterung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden.

Wir wollen, dass alternative Politikansätze zum neoliberalen Mainstream in den Vordergrund gestellt und im Abgeordnetenhaus vertreten werden. Das verlangt, dass sich die Linke auch in Berlin wieder verstärkt mit den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, um die Kräfteverhältnisse zu Gunsten der Interessen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen zu verschieben.

Wir wollen, dass die Frage einer eventuellen Regierungsbeteiligung der Linken in Berlin an diesen Zielen gemessen wird.

Die besondere Situation in Berlin schwächt das einheitliche Handeln der Linken und belastet den bundesweiten gemeinsamen Parteibildungsprozess.

Deshalb rufen wir auf: Stärken Sie die neue Linke, unterstützen Sie die Wählerinitiative Neue Linke.Berlin!

Wählen Sie die DIE LINKE.PDS bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 17. September 2006!

(Quelle: www.neue-linke-berlin.de)

* In der Wählerinitiative Neue LINKE.Berlin haben sich Mitglieder der WASG und Partei-unabhängige zusammengeschlossen, um gemeinsam zur Wahl der LINKEN bei den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin aufzurufen.



Immer mehr US-Soldaten quittieren den Kriegsdienst. Dies wurde jüngst auch auf der Pressekonferenz des 24-jährigen Sergeant Ricky Clousing deutlich, der als Vernehmungsbeamter in Irak eingesetzt war. Clousing berichtete über die Gewalt gegen Irakis, über die Ablehnung der Besatzung, die er in den tagtäglichen Gesprächen erfahren und die ihn zu der Überzeugung gebracht habe, dass es sich um einen Aggressionskrieg und eine illegale Besatzung handle. Clousing führte die Pressekonferenz im Kreis weiterer Irak-Veteranen durch (Bild Indymedia San Francisco Bay), von denen etliche ebenfalls den Kriegsdienst verweigert haben. Die zunehmende Zahl von Deserteuren und Verweigerern wirft auch ein Licht auf den wachsenden Defätsismus der Besatzungstruppen. Viele Soldaten sind bereits im dritten oder sogar im vierten Irak-Einsatz. Kürzlich wurden 300 Soldaten, die eben vom einjährigen Einsatz in die USA zurückgekehrt waren, erneut in den Irak geschickt; für weitere 300 Soldaten, die in Kuwait bereits im Flugzeug in die USA saßen, wurde der Dienst um noch einmal vier Monate verlängert.

Ex-Generäle fordern Kurswechsel gegenüber Iran

21 Ex-Generäle und frühere hohe Regierungsbeamte haben die US-Regierung in einem Offenen Brief zum Kurswechsel gegenüber Iran aufgefordert. Sie warnen vor einem militärischen Vorgehen und forderten Bush zu direkten Verhandlungen mit der iranischen Regierung auf. Joseph Hoar, pensionierter General der Marines, sieht die Quelle des tiefen Konflikts in der Geschichte: Die USA haben, argumentierte er, die letzte gewählte Regierung des Iran unter Mossadequ gestürzt und seien nach dem Sturz des Schah, „einer Puppe der USA“, nicht zu Verhandlungen bereit gewesen. Jetzt sei es an den USA, die Geschichte anzuerkennen, die Regierung anzuerkennen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Auch der pensionierte Generalleutnant Gard forderte Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Dass die USA die Möglichkeit eines militärischen Vorgehens nicht ausschließen wollen, habe für die Sicherheit des gesamten Mittleren Ostens katastrophale Konsequenzen und gefährde überdies die US-Truppen im Irak.

Streik in weltgrößter Kupfermine

Seit dem 7.8. streiken alle gewerkschaftlich organisierten 2052 Arbeiter (90% der Gesamtbelegschaft) in der größten Kupfermine der Welt, der Escondida-Mine in der nordchilenischen

Atacama-Wüste in der Nähe der chilenischen Stadt Antofagasta. Eigentümer der Mine ist zu 57,5% der weltgrößte Bergbauproduzent, die australisch-britische BHP Billiton, 30% hält der zweitgrößte Produzent Rio Tinto. Beim Streik geht es – die Tarifverhandlungen liefen schon Wochen – um 13% mehr Lohn und Einmalzahlungen in Höhe von 30.000 US\$. Zur Begründung dienen zum einen die verfünfachsten Kupferpreise seit der letzten Tarifverhandlung 2003, zum anderen die dadurch erzielten Gewinnzuwächse der Minenbesitzer (BHP Billiton hat für das erste Halbjahr 2006 einen Reingewinn von 2,9, Mrd. \$ gemeldet). Das 3%-Angebot der Minenbesitzer war von der Gewerkschaft Syndicat No 1 abgelehnt worden. Aufgrund des Streiks ist die Produktionsleistung auf die Hälfte gesunken, am Donnerstagabend (16.8.) musste die Produktion ganz eingestellt werden, nachdem Gewerkschafter alle Zugangsstraßen blockiert hatten. Zuvor war es zu gewalttamen Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Demonstrationen gekommen, bei der auch ein Arbeiter verletzt worden sein soll. Seit 19.8. läuft die Produktion wieder, auch weil Präsidentin Bachelet sich eingeschaltet und vermittelt über das Arbeitsministerium auf Wiederaufnahme der Verhandlungen gedrängt hat – u.a. deswegen, weil auch bei der staatseigenen Codelco-Mine Tarifverhandlungen anstehen. Am Montag, 21.8., wird die Wiederaufnahme der Verhandlung vermeldet. (Quelle: DW)

Zusammenstellung: scc

Etwa die Hälfte der bekannten Kupfervorkommen der Erde befinden sich in Chile. Escondida liefert 23,5% des chilenischen Kupfers und 8% der weltweiten Produktion, jährlich werden ca. 1,3 Mio. Tonnen Kupfer gefördert. Exportiert wird in großem Maßstab u.a. nach Japan, Deutschland, Kanada, China, Frankreich. Die Preise für Kupfer am Weltmarkt waren im Vergleich zum Vorjahr schon vor dem Streik um ca. 115% gestiegen und dabei beträchtlichen Schwankungen (zwischen 7000 und 8000\$/t) unterlegen. In der BR Deutschland wird mit Kupfer ein Umsatz von rund sechs Mrd. Euro pro Jahr gemacht, bezogen auf die Erzeugung und die erste Verarbeitung des Metalls durch an die 20.000 Beschäftigte. (evd; Quellen: Clase Contra Clase, www.clasecontraclase.cl/destacados.php?id=231, Internetseite der österreichischen Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) www.gmtn.at, Deutsches Kupfer-Institut, FAZ ,8.+9.8., ftd 21.8.)

Berufungsverhandlung gegen Eren Keskin

Die kurdische Rechtsanwältin Eren Keskin weigert sich, eine vom Istanbuler Strafgerichtshof verhängte Geldstrafe wegen angeblicher Verunglimpfung des Türkentums zu bezahlen, weil sie dadurch die Meinungsfreiheit verletzt sieht. Frau Keskin, Mitbegründerin eines Frauenhilfeprojekts, das Opfern von Vergewaltigungen und Übergriffen in der Türkei kostenlos Rechtshilfe gewährt, befindet sich derzeit im Berufungsverfahren. Die Verhandlung ist voraussichtlich im September. Sie war erster Instanz verurteilt worden, weil sie während einer Rede in Köln 2002 gesagt haben soll, dass die türkischen Streitkräfte Frauen belästigen und sexuelle Gewalt gegen sie ausüben. Das sei, so die Begründung des Gerichts, eine Beleidigung des türkischen Militärs. Abgesehen davon, dass die Äußerung so nicht gefallen ist, sondern Eren Keskin über Fälle aus ihrer Anwaltspraxis berichtet hatte: Auch nach einer Reform, die auf Druck der EU zustande kam, erlaubt der fragliche, weit auslegbare § 301 des türkischen Strafgesetzbuches immer noch, Kritik am türkischen Militär mit hohen Freiheitsstrafen zu belegen. Frau Keskin erhält zur Zeit noch mehr anonyme Drohungen, wie sie schon gewöhnlich erhält, aber sie bekommt auch Unterstützung von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, nicht nur aus der Türkei. Die Initiatoren des Aachener Friedenspreises fordern, dass die türkischen Behörden die Anklage gegen Eren Keskin fallen lassen; sie fordern von der EU, Druck auszuüben, dass der § 301 entschärft wird. (Quelle: DW)

KARLSRUHE. Ein Zug aus Menschen setzt sich am 9. August in Bewegung, nimmt Fahrt auf und rast auf eine Zieleinfahrt mit der Aufschrift „Börsengang“ zu. Vor der Einfahrt halten Aktivistinnen und Aktivisten dem Zug große Stopp-Signale entgegen. Die Bahn bremst gerade noch rechtzeitig ab, ändert die Fahrtrichtung und fährt durch eine zweite Zieleinfahrt mit der Aufschrift „*Unser Ziel: Bahn für alle!*“. Der drohende Börsengang ist abgewendet, die Bahn bleibt öffentliches Eigentum. Diese öffentlichkeitswirksame Aktion von 200 Aktivistinnen und Aktivisten bildete den Abschluss der Attac-Sommerakademie. – Die Bundesregierung strebt nach der Sommerpause einen Bundestagsbeschluss über den Verkauf der bundeseigenen Deutschen Bahn AG an. Um die Privatisierung der Bahn zu verhindern, hat sich Attac mit anderen Organisationen zum Aktionsbündnis „Bahn für Alle“ angeschlossen. Neben Attac gehören dem Bündnis Robin Wood, der BUND, „Bürgerbahn statt Börsenbahn“, „Bahn von unten“, UMKEHR e.V. und die NaturFreunde Deutschlands an. Weitere Informationen: www.bahn-fuer-alle.de



Berufung im einzigen deutschen Berufsverbotsfall zugelassen

STUTTGART, 15.8.2006 Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat die Berufung im einzigen deutschen Berufsverbotsfall gegen einen Lehrer zugelassen und damit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe widersprochen. Der Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy darf nach zweijährigem Berufsverbot weiter auf eine Einstellung hoffen. Gleichzeitig hat der baden-württembergische Landesbeauftragte für den Datenschutz das Vorgehen der Landesregierung als Verstoß gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gerügt. Es sei mit der gelgenden Rechtslage nicht vereinbar, dass das Kultusministerium bereits 2003 unter Umgehung des Dienstweges ohne Csaszkóczys Wissen Informationen über ihn beim Verfassungsschutz angefordert und erhalten habe, schreibt der Datenschutzbeauftragte in einem Brief vom 7. August 2006. Er erinnert an das „Volkszählungsurteil“ von 1983: „Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichte Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.“ www.gew-bw.de

Pilotprojekt in NDS: Polizei und Verfassungsschutz schon vernetzt

HANNOVER. Ende Juni präsentierte der niedersächsische Innenminister Schünemann (CDU) ein Projekt, das von der Öffentlichkeit reichlich unbemerkt bereits seit anderthalb Jahren läuft. In dem im Dezember 2004 eingerichteten und im Landeskriminalamt untergebrachten Zentrum, dem bundesweit ersten dieser Art, arbeiten je vier Spezialisten von Polizei und Verfassungsschutz. „Zu ihren Aufgaben gehören neben der Zusammenführung, Analyse und Bewertung von polizeilichen und

nachrichtendienstlichen Informationen das Erstellen aussagekräftiger Lagebilder, die Initiierung neuer Analyseprojekte und die Koordinierung operativer Maßnahmen. Sie bedienen sich einer speziellen Analysesoftware, einer speziellen Datenbank sowie eines eigens zu diesem Zweck aufgebauten abgeschotteten IT-Netzwerks.“

Was sagt eigentlich der niedersächsische Datenschutzbeauftragte zu so viel obrigkeitstaatlicher Fürsorge? Für Schünemann ist das alles kein Problem. Der Schlüssel zu Erfolgen in Terrorismus- und Extremismusbekämpfung liege in einem intelligent organisierten Miteinander der unterschiedlichen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Akteure. Gesetzeskonformität scheint zumindest zweitrangig zu sein. „Ich habe seit langem eine solche gemeinsame Datei von Polizei und Verfassungsschutz als Grundlage einer gemeinsamen Lagebewertung auch auf Bundesebene gefordert: Nunmehr tragen diese Bemühungen teilweise Früchte, ein entsprechender Gesetzesentwurf befindet sich jetzt in der Länderabstimmung“, sagte Schünemann. Am niedersächsischen Geheimdienstwesen soll die BRD genesen – Spudok und Ernst Albrecht lassen grüßen. (mo)

„Pillen statt Profit“

BERLIN. „Pillen statt Profit“ forderte das Aktionsbündnis gegen AIDS mit einer 100 Quadratmeter großen Skulptur heute auf dem Breitscheidplatz in Berlin. Bundesweit haben 280.000 Bürger mit ihrer Unterschrift auf einer symbolischen Medikamentenschachtel den Appell an die sieben führenden Hersteller von Aids-Medikamenten unterstützt. Die zentralen Anliegen der Aktion „Pillen statt Profit“ sind die Bereitstellung von angepassten Dosierungen zur Behandlung von Kindern, bezahlbare Preise sowie der verbindliche Verzicht auf die Durchsetzung von Patenten in ärmeren Ländern. Zugeständ-

nisse der Firmen beschränken sich bislang auf punktuelle Schritte. Strukturelle Maßnahmen wie der grundsätzliche Verzicht auf Medikamentenpatente in Entwicklungsländern bleiben aus. Auch in Osteuropa und Lateinamerika müssten die Medikamentenpreise dringend reduziert werden. Für die Behandlung von Kindern steht bislang nur Sirup zur Verfügung. Dieser ist meistens teuer und muss gekühlt werden. Derzeit erhalten nur ungefähr 1,3 Millionen Menschen in Entwicklungsländern die lebensverlängernden antiretroviralen Medikamente. Doch über 6,5 Millionen Menschen benötigen dort dringend eine wirksame Behandlung.

Aufgerufen zu der bundesweiten Aktion hatte das *Aktionsbündnis gegen AIDS*, ein Zusammenschluss von 100 zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen der Aids- und Entwicklungszusammenarbeit sowie mehr als 270 lokalen Basisinitiativen in Deutschland. Gemeinsam appellieren sie an die Pharmaindustrie und die Bundesregierung, ihrer Verantwortung im weltweiten Kampf gegen HIV/Aids gerecht zu werden. www.aids-kampagne.de

Alarmierender Lehrstellenrückgang

HANNOVER. Der DGB bewertet die Lage auf dem niedersächsischen Lehrstellenmarkt kurz vor dem Start des neuen Ausbildungsjahres als alarmierend. Über 63.000 Jugendlichen, die Ende Juli 2006 bei den Arbeitsagenturen als Ausbildung suchend gemeldet waren, stehen nur knapp 41.000 gemeldete Stellen zur Verfügung. In Niedersachsen sinkt die Zahl der gemeldeten Stellen seit 2000 kontinuierlich, 2006 ging sie im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Prozent zurück. Nach Einschätzung von Experten des Bundesinstituts für Berufsbildung liegt die tatsächliche Nachfrage nach Lehrstellen sogar um rund dreißig Prozent über der offiziellen Statistik der Bundesagenturen. Um die Situation auf dem Ausbildungsmarkt noch in die-

sem Jahr wirksam zu entschärfen, schlägt der DGB deshalb ein bundesweites Sofortprogramm für das beginnende Ausbildungsjahr vor. Finanziert werden sollen die 50.000 außerbetrieblichen Ausbildungsplätze im ersten Jahr durch den Überschuss der Bundesagentur für Arbeit, der 2006 voraussichtlich rund 3,8 Milliarden Euro betragen wird. In Niedersachsen könnten damit rund 4.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Kosten in Höhe von jährlich bundesweit rund 650 Millionen Euro sollen im ersten Jahr von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und im zweiten und dritten Jahr von Bund und Ländern getragen werden. Langfristig hält der DGB branchenbezogene Ausbildungsumlagen für den besten Weg, um die Ausbildungsmisere zu beheben. Das erfolgreiche Umlagen-Modell in der Baubranche zeigt, wie es geht. Dargestellt wird dieses Modell zusammen mit weiteren positiven Beispielen aus verschiedenen Branchen in der aktuell heraus gegebenen Broschüre „*Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel*“. Sie ist kostenlos beim DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt zu beziehen. Aus dem Internet kann sie herunter geladen werden unter: www.niedersachsen.dgb.de

Rund um die Uhr zum Einkauf – wovon ???

HANNOVER. Nach Hessen will auch die niedersächsische Landesregierung ab 2007 an den sechs Werktagen die gesetzlichen Ladenschlusszeiten vollständig freigeben. Im Zuge der Föderalismusreform sollen die Länder die alleinige Zuständigkeit für Ladenschlussregelungen erhalten. „Einkaufen auch um 3 Uhr nachts“, titeln Braunschweiger Zeitung / Goslarische Zeitung vom 12. Juli und prangern damit die Absurdität des Vorhabens deutlich an. Die zuständige Gewerkschaft ver.di bezeichnete die längeren Öffnungszeiten als überflüssig. Dieses hätten Expo und Fußball-WM bewiesen. Außerdem gefährde der Fortfall des Gesetzes den Mittelstand. Die Durchführung gehe zu Lasten der Beschäftigten. Kaufkraft werde durch längere Öffnungszeiten nicht geschaffen. An Sonn- und Feiertagen soll es nach Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) bei der Schließung der Geschäfte bleiben. Jede Kommune soll wie bisher vier Mal im Jahr einen verkaufsoffenen Sonntag veranstalten können. Allerdings plant die CDU/FDP-Landesregierung weitergehende Ausnahmen für die niedersächsischen Kurorte an der Nordsee. (mo)

Die Peinlichkeiten des CSU-Generalsekretärs sind kaum zu überbieten

BONN. CSU-Generalsekretär Markus Söder hat sich dafür ausgesprochen, den

Urlaubsanspruch von Hartz-IV-Empfängern abzuschaffen. Es sei zudem nicht zu tolerieren, wenn junge und gesunde Arbeitslose sich weigerten, Saisonjobs anzunehmen. Ähnliches würde auch für den Niedriglohnbereich und die Saisonarbeit gelten, wenn junge und gesunde Menschen sich zu schade für Saisonarbeit seien. Um mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt zu erreichen, müsse das Betriebsverfassungsgesetz entsprechend ergänzt werden. Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland bezeichnete die erneuten Ausfälle gegen Hartz-IV-Empfänger als peinlich und gefährlich polarisierend. Söder würde Neid- und Feindbilder aufbauen, die in keinem Verhältnis zur Realität stünden und deren Effekt die Stigmatisierung von Menschen seien.

www.erwerbslosenforum.de

Regiogeldkongress am 30.9. bis 1.10.2006 in Weimar

WEIMAR. Auf dem Kongress treffen sich Regiogeld-Theoretiker und Vertreter alter Regiogeldinitiativen aus ganz Deutschland zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Dieses Jahr wird sich alles um Konzeption und Wirksamkeit des „Werkzeugs Regiogeld“ für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft drehen, besonders für die so genannten „strukturschwachen“ Regionen. Der Regiogeld-Verband stellt sich der Öffentlichkeit vor und präsentiert im „REGIO-Karussell“ die aktuellen Initiativen. Gernot Schmidt (Spk. Leipzig) berichtet, warum seine Institution die Einführung eines Regiogelds plant und welche nachhaltigen Effekte damit erzielt werden sollen. Hans Ebert (FH Kufstein) wird aufzeigen, dass es manchen Regionen wirtschaftlich deutlich besser ginge, würde man dort gewachsene Strukturen und brachliegende Wirtschaftssektoren wieder reaktivieren. Margit Kennedy, Wegbereiterin der Regiogeldidee in Deutschland, wird die Vision einer gerechteren Ökonomie mit komplementären Geldern umreißen. Zum Abschluss wird Hans Christoph Binswanger mit dem Philosophen Peter Sloterdijk Gedanken über Geld diskutieren. www.regiogeldkongress.de

2. Sozialforum in Deutschland geplant: 18. bis 21.10.07 in Cottbus

Nach dem ersten deutschlandweiten Sozialforum in Erfurt im Juli 2005 soll das zweite Sozialforum in Cottbus im Herbst 2007 stattfinden. Darauf einigte sich ein bundesweiter Vorbereitungskreis aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, globalisierungskritischen und kirchlichen Gruppen, der Friedensbewegung und Umweltinitiativen.

Tausende politisch Engagierte und Interessierte werden in Cottbus erwar-

tet, um sich über Wege in eine lebenswerte Zukunft und wirksame Aktionsformen auszutauschen. Cottbus ist als Begegnungsort bestens geeignet: es liegt an Deutschlands Peripherie, aber im Herzen Europas. Internationale Gäste sind eingeladen, insbesondere aus Polen, Tschechien und der Slowakei. Alle, die eine solidarische, gerechte, friedliche und ökologische Gesellschaft wollen, sind eingeladen, sich zu beteiligen.

www.sfid.info

Friedenspreis Aachen an „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft“

Der Verein „*Hilfe für Menschen in Abschiebungshaft Büren e. V.*“ erhält den Aachener Friedenspreis 2006, weil er seit mehr als zehn Jahren beharrlich von unten und mit friedlichen Mitteln gegen Abschiebehaft kämpft und sich zugleich sehr konkret für die betroffenen Menschen – die Häftlinge – einsetzt. Ziel des Vereins ist letztlich die Abschaffung der Abschiebehaft. Konkret hat sich der Verein zwei Aufgabenschwerpunkte gesetzt: 1. Hilfestellung für Menschen in



Abschiebungshaft und Unterstützung von Abschiebung bedrohter Flüchtlinge, 2. Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für Menschen in Abschiebungshaft. Seit Gründung wurden circa 10.000 Abschiebehäftlinge in der Abschiebungshaft Büren betreut. Wöchentlich leisten 12 ehrenamtliche Helfer circa 100 Beratungsstunden in der Abschiebungshaft. Sie beraten, stellen Kontakte zu Anwälten her, begleiten die Häftlinge auch zu Gerichtsverhandlungen und vertreten die Interessen der Flüchtlinge gegenüber der Anstaltsleitung. Der Verein hat es ausdrücklich abgelehnt, Landesmittel in Anspruch zu nehmen, da er sich in diesem Fall zur Loyalität gegenüber der Anstaltsleitung hätte verpflichten müssen und dann z. B. seine Pressearbeit mit der Anstaltsleitung hätte abstimmen müssen. Mit 560 Bettten ist das größte Abschiebegefängnis Deutschlands bisher ein reines Männergefängnis. Es liegt abgelegen in einem Wald 20 km südlich von Paderborn, 8 km von Büren entfernt und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen. Derzeit wird großzügig weiter ausgebaut. Der Aachener Friedenspreis wird jedes Jahr am 1. September vergeben und ist mit 1.000 Euro dotiert.

www.aachener-friedenspreis.de

Aktive Ablehnung durch die Einwohner führte zu wirksamen Verbot:

Nazis können Wunsiedel nicht zur Heß-Kultstadt machen

Da der bundesweite Naziaufmarsch zum Gedanken an den Hitlerstellvertreter Rudolf Hess in Wunsiedel, wo dieser begraben liegt, vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, gab es in Berlin, Jena und München Nazi-Ersatzveranstaltungen, die als Protest gegen das Verbot angemeldet waren. In allen Städten wurden die Aufzüge von starkem Protest begleitet, konnten jedoch nicht verhindert werden. In Wunsiedel selbst konnten die Nazis nach dem Verbot und angesichts der aktiven Ablehnung durch die Einwohnerschaft in diesem Jahr nichts erreichen.

Demo gegen Hess-Marsch in Jena

Gegen die Verherrlichung des Nationalsozialismus und für die Zerschlagung des neonazistischen Märtyrermythos des faschistischen Kriegsverbrechers Rudolf Heß demonstrierten am 19.8.2006 in Jena 1800 Menschen.

Überraschend stark fielen Interesse und Ablehnung der Jenaer Bürger und Bürgerinnen an der Nazidemo aus. Binnen weniger Tage wurde, nach der Aufhebung des Verbotes des Heß-Marschs der Stadt Jena durch das Verwaltungsgericht Gera, die Demonstration initiiert. Dem antifaschistischen Bündnis gegen den Heß-Marsch schlossen sich buchstäblich in letzter Minute bürgerliche Initiativen und Vertreter der Stadt an. Statt der angemeldeten 300 Demonstranten zählte die Polizeiführung bei einer Zwischenkundgebung 1800 Protestler. Auch der neue Oberbürgermeister Jena's begleitete die Demonstration wie von ihm angekündigt in der ersten Reihe. Diese wurde sonst überwiegend von autonomen Antifaschisten gestellt, so dass sich der OB wohl eher unfreiwillig mit Parolen wie „Gebt den Nazis die Straße zurück – Stein für Stein“ solidarisierte.

Während des Demozuges, dessen Route spontan weiter in den Stadt kern verlängert wurde, sprachen u.a. VertreterInnen der bundesweiten Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“, antifaschistische Gruppen aus Südniedersachsen und Apolda sowie das Thüringer Plenum gegen den G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Nach der Beendigung der lauten und durch Vielfalt gekennzeichneten Demonstration am Engelplatz startete die Nazidemo am Seidelplatz. Zuvor gab es lange Unklarheiten, ob die Faschisten unter Führung des Anmelders Patrick

Wieschke überhaupt eine Demonstration oder nur eine stationäre Kundgebung durchführen dürfen. Daraus resultierte, dass es nicht zu effektiven antifaschistischen Blockaden kommen konnte. In einer Pressemitteilung teilt das Jenaer Bündnis gegen den Heß-Marsch mit: „Es ist in Jena noch nicht gelungen, ein Verständnis zu entwickeln, dass Faschisten weder in der Geschichte noch heute mit symbolischen Aktionen zu beeindrucken seien oder gar zurückzudrängen gewesen wären“, sagt Andrea Fichte vom Jenaer Bündnis. „Auf lange Sicht und mit der realistischen Drohung eines Festes der Völker am 2. Juni im nächsten Jahr ist das zu erreichen eine wichtige, zu bewältigende Aufgabe. Die juristische Auseinandersetzung als einzige Abwehrstrategie hat jedenfalls versagt.“ Nichtsdestotrotz bekamen die Nazis den antifaschistischen Protest deutlich zu sehen. Pfeifen, Rufe, Israelfahnen, und Transparente aus Häusern machten die Ablehnung nationalsozialistischer Ideologie in Jena deutlich.

Demgegenüber blieb die erwartete Großveranstaltung in Jena auf brauner Seite aus. Obwohl nahezu die gesamte Thüringer Führungsriege um P. Wieschke, Ralf Wohlleben, Sebastian Reiche, Frank Schwerdt, Thomas Gerlach usw. anwesend war und die Heß-Veranstaltungen in Altenburg und Fulda abgesagt wurden, konnten nur 400 TeilnehmerInnen mobilisiert werden. Insgesamt waren an diesem Samstag „nur“ rund 1 000 Nazis auf den Heß-Demos in Deutschland. In Vergleich zu 2004 ist das ein Verlust um 400%.

Ein juristisches Nachspiel wird vermutlich die auf einer Zwischenkundgebung in Jena gehaltene Rede des Anmelders des verbotenen Heß-Marsches in Wunsiedel, des Nazianwalts Jürgen Rieger, erwarten. Dieser griff in seinem überlangen Beitrag immer wieder Zitate des Hitlerstellvertreters auf und äußerte sich wiederholt auf volksverhetzende Weise. „Auch das Verhalten der Versammlungsbehörde bietet für diesen Fall Platz für Spekulationen: Während die Polizeibeamten an der Naziveranstaltung bereits in den langen wiederholten Heß-Zitaten einen ausreichenden Grund für eine Auflösung oder wenigstens die Gewahrsamnahme des Redners Jürgen Rieger sahen, wiegelte die Stadtverwaltung Jena ab,“ teilte das Jenaer Bündnis gegen das Heß-Gedenken mit. Eine besondere Überraschung

wurde dem Jenaer Neonazi Ralf Wohlleben am späten Abend von der „Datantifa“ bereitet. 38 rechtsextremistische Internetseiten seines Providers „Netzspeicher24.de“ wurden gehackt und verändert. brp.jg-stadtmitte.de

Protest gegen Heß-Naziaufmarsch in Berlin 19.8.2006

Der Naziaufmarsch in Berlin als Ersatzveranstaltung für den verbotenen „Heß-Marsch“ im bayrischen Wunsiedel kann auf Seiten der Veranstalter wohl kaum als Erfolg gewertet werden. Nach Polizeiangaben sollen sich etwa 230 Nazis ein Stelldichein geben haben, wahrscheinlich waren es eher weniger.

So käglich hatte sich der Anmelder Sebastian Schmidtke (ehemals KS Tor, heute „Freie Kräfte“) diesen Aufmarsch wohl nicht gedacht. „Das Heß-Gedenken“ sollte Aufhänger sein für einen überregionalen Profilierungsversuch der Berliner Szene.

Doch man blieb weitgehend unter sich. Umringt von Gegendemonstranten und geschützt von einer dünnen grünen Linie latschte der etwas müde Haufen bei knallendem Sonnenschein die Strecke ab. Das musikalische Rahmenprogramm à la ‚Wir sind Helden‘, gemixt mit rechtem Liedermachergklampfe, wurde hin und wieder unterbrochen durch Redebeiträge, die schon allein aufgrund der lausigen Anlage kaum verständlich waren.

An mehreren Stellen kam es zu Blockadeversuchen durch Antifas, die von der Polizei (Berliner Bereitschaftspolizei, unterstützt durch einige Zivis) aber recht schnell geräumt wurden.

de.indymedia.org

München 18.8.2006

Auf Transparenten, T-Shirts, Plakaten sowie in abgespielten Lied- und Redebeiträgen glorifizierten rund 80 Neonazis bei der zugelassenen Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung in München ungehindert den ehemaligen Hitler-Stellvertreter. Selbst ein Redebeitrag mit dem Schlusswort von Rudolf Heß in den Nürnberger Prozessen, in dem er seiner Hitler-Verehrung freien Lauf lässt und sich erneut zum Nationalsozialismus bekennt, durfte ungehindert abgespielt werden.

Die Neonazis aus Oberbayern, Niederbayern, Franken und der Oberpfalz nutzten die Kundgebung nicht nur zur Verherrlichung des Nationalsozialismus und zur gruppenübergreifenden Identifizierung mit dem antisemitischen NS-Funktionär Heß, sondern auch zur Datensammlung für die terroristische Anti-Antifa-Arbeit. Norman Kempken aus Nürnberg, der bereits in den 90er Jahren als Herausgeber der Anti-Antifa-Broschüre „Der Einblick“ verurteilt wurde, konnte von der Polizei

ungehindert immer wieder antifaschistische GegendemonstrantInnen, PassantInnen und JournalistInnen filmen – offensichtlich gezielt und teilweise dirigiert von Norman Bordin. Rund 300 GegendemonstrantInnen fanden sich auf dem Münchner Marienplatz ein und protestierten lautstark gegen die Veranstaltung. Zwei AntifaschistInnen wurden festgenommen.



München: Schlechte Laune bei der NPD am 19.8.2006

Nur rund 100 Neonazis fanden sich statt der vollmundig angekündigten 1.500 Teilnehmer in München zu einem Aufmarsch ein. Die angekündigte Prominenz blieb aus. Der ursprüngliche Anmelder Norman Bordin (JN-Landesvorsitzender Bayern) war nicht anwesend. Ebenso fehlten die als Redner angekündigten Thomas Wulff (NPD Mecklenburg-Vorpommern) und Thorsten Heise.

Die Auftaktkundgebung am Stachus mussten Thomas Wittke (JN, „Kameradschaft München“) und Roland Wuttke (NPD Oberbayern) bestreiten, die auch sonst bei fast jeder Münchner Kundgebung am Start sind. Einen kurzen Redebeitrag hielt Lars Käppler (ex-BDVG). Die Spitze des Aufmarschs bildete ein Transparent der JN München mit dem Aufmarsch-Motto „Nur ein Esel glaubt noch an den Sozialstaat in der BRD! – Rückführung statt Integration“, das vier Neonazis mit Eselsmasken trugen. Über 500 AntifaschistInnen protestierten lautstark entlang der gesamten abgesperrten Aufmarschroute, so dass von den Reden außerhalb der Absperrung nichts zu verstehen war

www.aida-archiv.de

Weimar war wachsam: Sieg für die ganze Stadt

Weimar. (tlz) Als Rechtsextremisten der NPD und ihrer Jugendorganisation eine Doppel-demo gegen die Gerberstraße und das Anti-fa-Workcamp anmeldeten, standen die Angegriffenen nicht allein, das „Bürgerbündnis gegen Rechts“ und das „Bündnis der freien Träger der Jugendarbeit“ mobilisierten unter dem Motto „Weimar wach(t) gegen Nazis“ auf breiter Ebene gegen den für Samstag geplanten Aufmarsch. Auch Weimars OB Stefan Wolf (SPD) hatte die Bürger der Stadt zur Zivilcourage aufgerufen.

Angesichts dieser großen Gegenmobilisierung und wohl auch aufgrund von internen Querelen sagten die Nazis einen Aufmarsch kurzerhand ab, der andere war zuvor von der Stadt verboten wurden, ohne dass die Rechten dagegen klagten. Doch auch ohne Nazis gingen die Weimarer auf die Straße und feierten auf dem Baudertplatz ein Fest für Toleranz und Demokratie. „Weimar hat einen Sieg errungen: Die Nazi-Demo ist abgesagt worden“, sagte OB Wolf auf einer öffentlichen Stadtratssitzung auf dem Baudertplatz, wo sich rund 300 Bürger eingefunden hatten. Dennoch forderte Wolf Wachsamkeit: „Verschiedene Vorfälle in der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass wir uns nicht in Sicherheit wiegen können und dass unser

Bündnis auch in diesem Jahr gefordert ist.“ Partycharakter nahm die anschließende Vorführung des Zirkus Tasifan an, die von lauten Trommelklängen begleitet wurde. Hunderte Luftballons über den Köpfen der Zuschauer betonten das Anliegen der bunten Vielfalt. Dreimal seien am Rande der Aktion Fotografen der NPD aufgetaucht, sagte Peer Wiechmann von der Netzwerkstelle gegen Rechts. Die Polizei habe weitere Aufnahmen untersagt.

Bereits am Vorabend hatten sich rund 150 Personen einer Antifa-Demonstration unter dem Motto „Links rockt – Für eine befreite Gesellschaft“ angeschlossen. Als einige Personen nach Demoende weiter demonstrieren wollten, griff die anwesende Bereitschaftspolizei ein. Wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz seien die Personalien von drei Teilnehmern aufgenommen worden, sagte der Einsatzleiter Hans-Peter Born. Insgesamt habe es am Freitag und Samstag keine größeren Zwischenfälle gegeben. Augenzeugen zufolge habe es am Samstagabend vor der Gerberstraße aber einen Polizeieinsatz gegeben, nachdem es zum Angriff auf eine Person gekommen sei.

Thüringische Landeszeitung vom 14.8.06, www.mobit.org

Wismar: Etwa 150 bei Aktion von Kampagne gegen NPD-Wahlkampf

WISMAR. Kurzzeitig eskalierte die Situation. Neonazis stürmten mit Baseballschlägern auf die Teilnehmer/innen einer Demonstration der Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ am Sonnabend, den 12. August, im mecklenburgischen Wismar zu, als diese vor einem rechten Szeneladen vorbeizogen. Die Polizei mußte die Angreifer mit gezogenen Pistolen aufhalten und nahm einen Neonazi fest, der auf die Demonstrant/innen einschlagen versucht und eine Flasche in die Menge geworfen hatte.

„Der rechte Szeneladen „Werwolfshop“ in der Wismarer Nordstadt ist ein Teil jener Neonazi-Strukturen, auf die wir mit unserer Demo aufmerksam machen wollten“, teilte Maria Hinrich, Presse-sprecherin der Kampagne „Keine Stimme den Nazis“, mit. „In einem Treffpunkt der Neonazis in Wismar finden außerdem Rechtsrockkonzerte statt – und auch Veranstaltungen der NPD. Verantwortlich für den Treffpunkt „Wolfs-höhle“ und die Kontakte zur NPD ist der bekannte Neonazi Philip Schlaffer, der sich heute in der Gruppe der Angreifer befand. Während sich also einerseits die Rechten bieder und bürgernah geben, zögern sie nicht, Gewalt gegen jene einzusetzen, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.“



Bereits in den vergangenen Monaten kam es zu mehreren Übergriffen in Wismar. Im April wurde ein Togolese überfallen und schwer verletzt, im Mai ein Inder unter Nazi-Parolen verprügelt. Dass die NPD kein Problem mit rechter Gewalt hat, zeigt ein aktuelles Gerichtsverfahren gegen ihren Landesvorsitzenden Stefan Köster, der am Rande eines Parteitages in Schleswig-Holstein auf eine am Boden liegende Gegendemonstrantin eingetreten hatte.

Die spontane Demo der Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ führte vom Wismarer Bahnhof aus durch die Innenstadt, wo Informationsmaterial verteilt und Redebeiträge über die Neonazi-Szene in der Region, rechte Gewalt und die Kampagne gehalten wurden. Ihr Ziel ist es, über die rechtsradikale NPD und ihre engen Verbindungen zu militärtanten Neonazis zu informieren und den möglichen Einzug der Partei in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 17. September zu verhindern.

Über 40 nicht-rechte Gruppen, Bands und Clubs aus dem Bundesland haben die Kampagne initiiert und wollen auch andere dazu motivieren, selbst gegen die Aktivitäten der NPD etwas zu unternehmen.

www.keine-stimme-den-nazis.info

Sozialticket für München: MÜNCHEN. Seit Anfang dieses Jahres liegt die Forderung nach einem Sozialticket in München auf dem Tisch des Stadtrats. Bis heute wurde sie nicht politisch zur Entscheidung gestellt, obwohl inzwischen mehrere Münchner Bezirksausschüsse über die Partegrenzen hinweg wie auch unterschiedlichste Organisationen diese Forderung unterstützen. Da die Stadtratsmehrheit bisher kein Interesse zeigte, sich mit dieser sozialen Frage zu befassen, kann die Forderung nach einem Sozialticket nur noch über die Öffentlichkeit zur Entscheidung gebracht werden. Ein breit unterstützter Bürgerantrag wäre ein Schritt. Die Einführung eines Sozialtickets (die in anderen Städten bereits stattfand bzw. ebenfalls gefordert wird) ist nötig, um einen Minimum an sozialer Teilhabe zu gewährleisten. Laut Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands sind im Regelsatz des ALG II ganze 18,11 Euro für Mobilität vorgesehen. Bei regulären Fahrpreisen sind das in München 4½ Fahrten im Monat. Das reicht nicht, um am Leben einer Großstadt teilzunehmen. Der Antrag auf ein Sozialticket, den Brigitte Wolf, Stadträerin der offenen Liste der Linkspartei, im Rathaus eingebracht hatte, wurde mit einem Verweis auf verbilligte Tageskarten beschieden, die für München-Pass-Inhaber ja erhältlich seien. Die Anzahl der im vergangenen Jahr ausgegebenen Tageskarten belegt, dass dieses Angebot kaum angenommen wird. Dem Wirtschaftsreferat genügte bisher die Drohung mit vermuteten Kosten, um eine politische Entscheidung über das Sozialticket zu verhindern. Die kann nur der Stadtrat treffen. Dazu bedarf es der Unterstützung durch engagierte Bürgerinnen und Bürger; dazu bedarf es der Stimmen der Initiativen und Verbände, die die Anliegen der Betroffenen zu Gehör bringen. *Dagmar Henn (WASG), Kreisvorstand WASG, Natascha Eichner (Linkspartei), München, Kreisvorstand Linkspartei München, Offene Liste der Linkspartei im Stadtrat München*

Mayors for Peace anschließen! HAMBURG. Die Friedensinitiative Bramfeld hat sich erneut an Bürgermeister Ole von Beust gewandt und die schon mehrfach geäußerte Aufforderung bekräftigt, der Initiative Mayors for Peace beizutreten. „Es waren die Bürgermeister der Städte Hiroshima und Nagasaki, die Anfang der 80er Jahre die Initiative ergriffen und die internationale Organisation Mayors for Peace gründeten. Ihr Ziel ist es, weltweit die völlige Beseitigung aller Atomwaffen bis 2020 zu erreichen. Jeder Bürgermeister ist aufgerufen, sich dieser Initiative anzuschließen ... Über 250 deutsche Städte und Gemeinden sind bereits Mitglied bei

Mayors for Peace.“ Bisher wurde eine Antwort auf die Bitte um Stellungnahme nicht bekannt.

(*Lokalberichte Hamburg*)

Mayors for Peace fordern Abzug der Atombomben. MUTLANGEN. In einer gemeinsamen Erklärung zu den Jahrestagen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 61 Jahren haben die Bürgermeister von Mutlangen und Schwäbisch Gmünd den Entwurf des Weißbuches für die Bundeswehr kritisiert. „Mit Sorge“ betrachten sie, dass die „nukleare Teilhabe Deutschlands unbefristet fortgesetzt werden soll“. Das widerspreche dem Abrüstungsgebot des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages. Peter Seyfried, CDU, ist Bürgermeister von Mutlangen. In diesem schwäbischen Ort waren bis Ende der 80er Jahre Atomraketen gelagert. Wolfgang Leidig, SPD, ist Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd. Dort hatte der US-General für die Mutlanger, Heilbronner und Neu Ulmer Pershing-Raketen seinen Sitz. Beide sind Mitglieder der Internationalen Vereinigung Mayors for Peace. Als solche fordern sie die Bundesregierung und Abgeordneten auf, „die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland nicht länger zu dulden und Bundeswehrsoldaten Atomwaffeneinsätze üben zu lassen“. Ein atomwaffenfreies Deutschland wäre ein wichtiger Schritt für eine Welt, die von der Geißel des Atomkrieges befreit ist.

www.pressehuette.de

Städte für Bleiberecht. HANNOVER. Mehrere Städte in Niedersachsen fordern in Ratsbeschlüssen und Resolutionen ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und erhöhen damit den politischen Druck auf Innenminister Uwe Schünemann (CDU) weiter. Der lehnt eine allgemeine Bleiberechtsregelung bislang ab. Die Kommunalparlamente in Dannenberg und Oldenburg verabschiedeten bereits im Juni einstimmig entsprechende Resolutionen. In Dannenberg war Bürgermeister Peter Selber (CDU) selbst der Initiator. In Oldenburg ging die Initiative von den Fraktionen der Grünen und der Linkspartei PDS aus. Schünemann solle bei der nächsten Innenministerkonferenz und in den Gremien des Deutschen Städtetages auf eine bundesweite Bleiberechtsregelung hinarbeiten. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover folgte am 13. Juli. Der mit rot-grüner Mehrheit verabschiedete Appell richtet sich an die Landesregierung sowie an den Landtag. Auch der Göttinger Kreistag verabschiedete mit der Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei eine entsprechende Resolution. In Göttingen soll nach dem Willen der Grünen eine kommunale Härtefallkommission ent-

stehen. Eine kommunale Härtefallkommission kann allerdings nur Empfehlungen aussprechen, über ein Bleiberecht der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge muss das Land entscheiden. Zuvor hatten bereits Flüchtlingsinitiativen, Wohlfahrtsverbände und Vertreter der Kirchen ein Bleiberecht für Flüchtlinge mit langjähriger Duldung verlangt. In Niedersachsen leben derzeit rund 23 000 Personen mit diesem Status, bundesweit seien es mehr als 200 000.

Junge Welt, 21.7.06

Bundesregierung und EU treiben Sparkassenprivatisierung voran. BERLIN. Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Heinrich Haasis hat die Klarstellung der EU-Kommission begrüßt, wonach Brüssel die in Deutschland bestehende Drei-Säulen-Struktur von privatrechtlich organisierten Aktienbanken, Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken respektiert. Für falsch und rechtlich nicht gedeckt hält der DSGV-Präsident allerdings die Einschätzung der EU-Kommission, im Falle eines Verkaufes einer Sparkasse müsse auch die Bezeichnung ‚Sparkasse‘ auf private Banken oder Finanzinvestoren übergehen. Der Kommissar verlangt, dass der Titelschutz für Sparkassen abgeschafft wird, um privaten Investoren die Übernahme öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute zu ermöglichen. Im deutschen Kreditwesengesetz, das den Namen Sparkasse an strenge Auflagen bindet, sieht McCreevy einen Verstoß gegen den freien Kapitalverkehr und die Niederlassungsfreiheit in Europa. Wie Staatssekretär Mirow bestätigte, will die deutsche Regierung Privatbanken nun doch erlauben, nach dem Kauf einer Sparkasse deren Namen unbefristet weiterzuführen. Allerdings beharrt Berlin darauf, dass Sparkassen dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben und sich an der regionalen Wirtschaft orientieren müssen. www.dsgv.de; Berl. Ztg 15.7.06

Rechtswidrige Anweisung: DÜSSELDORF. Die ARGE Düsseldorf hat mit Beginn des Monats August angewiesen, bei Umzügen von ALG-II-EmpfängerInnen nur die vorherige Miete anzuerkennen, wenn die neue Wohnung teurer als die vorherige ist. Dies soll auch dann, wenn die neue, höhere Miete den Kriterien der ARGE für die angemessenen Kosten der Unterkunft entspricht, gelten. Zu dieser eindeutig rechtswidrigen Anweisung erklärt Ratsmitglied Frank Laubenburg (Linke Liste Düsseldorf): „Die ARGE Düsseldorf schert sich mal wieder nicht um Recht und Gesetz, sondern nimmt Arbeitslosen das Recht zum Umzug. Im Sozialgesetzbuch II ist klar geregelt, dass die tatsächlichen Kosten

der Unterkunft zu übernehmen sind, wenn diese „angemessen“ sind. Damit besteht auch für Arbeitslose das Recht, innerhalb des ‚angemessenen‘ Rahmens eine neue Wohnung zu beziehen. Diese darf – so die eindeutige Rechtsprechung der Sozialgerichte – auch teurer als die bisherige Wohnung sein, solange die Gesamtkosten ‚angemessen‘ sind. Ich habe heute die ARGE Düsseldorf aufgefordert, ihre rechtswidrige Anweisung unverzüglich zurückzuziehen.“

Frank Laubenberg, Mitglied des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf

„**Die EU sieht alles durch die Wettbewerbsbrille**“. BONN. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds im Interview mit dem Bonner Generalanzeiger: „Die deutschen Kommunen sind mit knapp 90 Milliarden Euro verschuldet. Sparen könnten kleinere Gemeinden mit Kooperationen, etwa bei der Wasserversorgung. Die EU lässt den Kommunen zu wenig Handlungsspielraum, so Landsberg. Wenn die Gemeinde A mit der Gemeinde B zusammen die Wasserversorgung betreiben will, ist das sinnvoll. In der Regel wird die Leistung besser, billiger und bleibt vor Ort. Trotzdem verlangt die EU hier eine europaweite Ausschreibung. Die Zusammenarbeit ist so vorab zum Scheitern verurteilt, da die Kommunen die Wasserversorgung nicht aus den Händen geben wollen. Die EU sieht alles nur durch die Wettbewerbsbrille. Ein Blick nach England zeigt, wohin eine solche Privatisierung führen kann. Die Engländer haben in den vergangenen Jahren in großem Umfang ihre Wasserversorgung liberalisiert. Die Folgen sind, dass die Trinkwasserqualität deutlich schlechter geworden ist und die Preise gestiegen sind. Jetzt erfolgt eine breite Welle der Rekommunalisierung. Ich denke, die Bürger haben hierzulande ein großes Interesse, dass die Grundversorgung, die so genannte Daseinsvorsorge, in kommunaler Hand bleibt. Zu den aktuellen Plänen der Kommission, künftig auch kleinere Beschaffungen der Kommunen einer europaweiten Ausschreibung zu unterstellen: Die Schwellenwerte für Ausschreibungen abzusenken, schafft nur mehr Bürokratie. Wenn die Stadt Bonn 500 Stühle für eine Grundschule kaufen will, müsste sie dies künftig europaweit bekannt machen. Ähnliches soll auch für Bauleistungen gelten. Niemals wird aber ein Bauunternehmer aus Portugal seine Bagger nach Bonn fahren. Das lohnt sich einfach nicht.“ www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Nach der Tarifkampagne des Marburger Bundes

Ein Betrieb – zwei Gewerkschaften ...

Der Marburger Bund (folgend MB) geht davon aus, dass seine Mitglieder in diesen Tagen dem Verhandlungsergebnis für die kommunalen Krankenhäuser zustimmen werden. Dann wird sein Vertrag in diesem Geltungsbereich die von ver.di getroffenen Vereinbarungen ersetzen, und damit besteht im Gesundheitswesen definitiv eine neue Konstellation. Voraussetzung dafür war, dass der MB für das ärztliche Personal einen Vertrag aushandeln konnte, der von den Betroffenen den Regelungen, die ver.di getroffen hatte, vorgezogen wird, weil er vorteilhafter ist. Wieso auch immer ver.di bei seinen Verhandlungen eine solche Lücke gelassen hat, praktisch wichtig ist jetzt, dass ver.di die neue Konstellation aus eigener Kraft nicht mehr ändern kann. Denn wie könnte das geschehen?

Zum Beispiel müssten die bei ver.di organisierten Krankenhausbeschäftigen demnächst einen Vertrag erstreiken, der das ärztliche Personal noch besser stellte, während der MB auf der Gültigkeit von ihm vereinbarter schwächerer Abschlüsse bestünde. Nein, der MB hat sich als tariffähiger Verband definitiv etabliert. Ob das durch eine geschicktere Verhandlungsführung von ver.di hätte vermieden werden können, ist eine Frage von gestern geworden. Manches spricht dafür, dass damit bloß die Gelegenheit für einen neuen Trend geschaffen war, der in der Luft liegt, er sei erfreulich oder nicht.

„Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“

Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht als Einheitsgewerkschaft entstanden, sie hat sich aus einer Vielzahl berufspezifischer, oftmals örtlich begrenzter und nicht selten auch durch spezielle ideologische Anbindung charakteri-

sierter Vereinigungen entwickelt. Nachdem die Entwicklung der großen Industrie die Beschäftigung unterschiedlichster Berufe in einer Fabrik nötig machte, entstand eine unbefriedigende Verhandlungssituation. Hier ein Arbeitgeber, da vielerlei konkurrierende Arbeitnehmerverbände.

Dazu kam, dass für eine wachsende Zahl von Beschäftigten die berufliche Vorbildung weniger wichtig und die tatsächlich im Betrieb ausgeübte Arbeit maßgebend wurden.

Obwohl der Gedanke, gegenüber dem Arbeitgeber mit einer Stimme aufzutreten, mächtig wirkte, wurde der Grundsatz: „Ein Betrieb – Eine Gewerkschaft“ in Deutschland erst bei der Neuorganisation der Gewerkschaften nach der Niederlage des Naziregimes Organisationsprinzip des DGB, setzte sich aber in den folgenden Jahrzehnten als unumstrittener Grundsatz der Gewerkschaftsbewegung durch. Als 2001 die DAG mit vier DGB-Gewerkschaften (DPG, HBV, ÖTV, IG Medien) zu der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) verschmolz, schien das alte Problem der konkurrierenden Lohnabhängigenvertretungen bis auf den kleinen Rest der christlichen Gewerkschaften aus der Welt geschafft.

Verbandskonkurrenz

Um die Interessen der Verbandsmitglieder zum Tragen zu bringen, braucht es Verbandsleitungen, Stabsabteilungen, Verwaltungen usw. Völlig unvermeidlich entwickelt sich neben dem grundlegenden Interesse der Verbandsmitglieder ein abgeleitetes Interesse: Die Funktionsträger müssen vom Verband leben. Dieser Sachverhalt ist Quelle einer Unzahl von bösartigen Verdächtigungen, blauäugigen Beteuerungen besten Willens → →

DOKUMENTIERT:

www.marburger-bund.de/

Tarifbereich kommunale Krankenhäuser

Der arztspezifische Tarifvertrag des Marburger Bund mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände

Das beinhaltet der Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte – Erläuterungen zu den abgeschlossenen Eckpunkten

Von RA Udo Rein*

Dem Marburger Bund ist es nach dem Tarifabschluss mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) nun auch gelungen, mit der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) einen eigenständigen Arzt-Tarifvertrag als Flächentarifvertrag für die Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern abzuschließen. Im Folgenden dazu die Erläuterungen.

Für wen und ab wann gilt der neue Tarifvertrag?

Der Tarifvertrag gilt unmittelbar und zwingend nur für Mitglieder der Tarifvertragsparteien, auf Seiten der Arbeitnehmer also für Ärztinnen und Ärzte, die Mitglieder des Marburger Bundes sind. Mitglieder anderer Gewerkschaften oder Unorganisierte werden als Gleichgestellte behandelt.

Der Geltungsbereich des Tarifvertrages erstreckt sich auf alle Ärztinnen und Ärzte, die in Krankenhäusern, medizinischen Instituten von Krankenhäusern oder in sonstigen Einrichtungen und Heimen beschäftigt sind. Ärztinnen und Ärzte die an psychiatrischen Kliniken und Krankenhäusern tätig sind, werden ebenfalls vom Geltungsbereich des Tarifvertrags erfasst.

Der Tarifvertrag tritt ab 1. August 2006 in Kraft (vorbehaltlich der Zustimmung der Marburger-Bund-Gremien und dem Votum der MB-Mitglieder in der Urabstimmung). (...)

Redaktion PB: Es folgen ausführliche Darstellungen zu Bezahlung, Arbeitszeit, Bereitschaftsdiensten

DOKUMENTIERT

ver.di, infopost KRANKENHÄUSER, August 2006
Original unter: http://www.verdi.de/tarifbewegung/kommunen_und_laender/publikationen/data/Flugblatt%20Kommunale%20KrankenhÄuser.pdf

Tarifabschluss des Marburger Bundes birgt Risiken!

Solidarische Tarifpolitik ist besser!

Am 17. August 2006 hat der Marburger Bund mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände einen Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte abgeschlossen.

Gegenüber dem ver.di-Abschluss bringt diese Einigung noch einmal durchschnittlich vier Prozent höhere Entgelte. Für die Ärztinnen und Ärzte in zehn Jahren drei Prozent und für die Fachärztinnen und -ärzte in zehn Jahren 3,6 Prozent mehr. Wir gratulieren dem Marburger Bund zu diesem Erfolg. Klar ist: Dieser Abschluss schafft Probleme!

Beschäftigung sichern!

Der ver.di-Abschluss hat die Personalkosten um etwa 4,5 Prozent erhöht. Dabei entfallen ca. drei Prozent auf die Ärztinnen und Ärzte und 1,5 Prozent auf die anderen Beschäftigten. Damit ist aus unserer Sicht im Volumen ausgereizt, was die kommunalen Krankenhäuser durchschnittlich verkraften können. Mit dem Abschluss des Marburger Bundes (MB) kommen zusätzliche Belastungen auf die Krankenhäuser zu. Die Arbeitgeber werden versuchen, ihre höheren Kosten zu kompensieren. Es droht Personalabbau, es drohen noch mehr Notlagenverträge. Gleichzeitig kann es einen wachsenden Druck in Richtung Privatisierung kommunaler Kliniken geben. Dies nimmt der MB in Kauf, ohne die Auswirkungen für die Beschäftigten und die Bevölkerung zu bedenken. Diese Auswirkungen werden auch die Ärztinnen und Ärzte treffen.

Wir werden uns dafür starkmachen, dass die Kosten für die bessere Vergütung der Ärztinnen und Ärzte nicht auf die anderen Beschäftigten abgewälzt werden. Wir fordern die Politik auf, in die Verantwortung für das nichtärztliche Personal zu gehen. Wir brauchen betriebliche Vereinbarungen, die betriebsbedingte Kündigungen ausschließen. Wir brauchen Zusagen, dass in den nächsten Jahren die Krankenhäuser nicht privatisiert werden!

„Nachdem die Arbeitgeber dem Druck der Ärztinnen und Ärzte nachgegeben haben, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation in vielen Kliniken, müssen sie eine Zusage zur Beschäftigungssicherung geben“, so der BR-Vorsitzende Manfred Rompf aus Herborn. Erhard Reinfrank, Betriebsrat aus München, fordert, „dass auch die Ausgründung von Betriebsteilen ausgeschlossen wird.“

Gesundheitsreform belastet Krankenhäuser!

Knapp die Hälfte der kommunalen Krankenhäuser schreibt bereits rote Zahlen. Die Krankenhausbudgets wachsen im Jahr 2006 maximal um 0,63 Prozent. Bereits unmittelbar nach Verhandlungsabschluss haben die Arbeitgeber die zusätzlichen Kosten mit 500 Mio. Euro beziffert. Die große Koalition hat in ihrem Eckpunktepapier zur Gesundheitsreform vorgesehen, dass die Krankenhäuser 1,5% ihres Budgets abgeben müssen, um die Gesundheitsreform mitzufinanzieren.

Dieser Kurs ist fatal! Wir brauchen eine solide Grundla-

ge zur Finanzierung der Krankenhäuser! Diese Gesundheitsreform darf so nicht Gesetz werden!

„Wir müssen uns aktiv in diese Auseinandersetzung einmischen, damit auch zukünftig mit hoher Qualität die Versorgung der Patientinnen und Patienten gewährleistet ist und gute Arbeit im Krankenhaus auch gut bezahlt wird“, fordert der KPR-Vorsitzende Matthias Dippel aus Kassel.

Die Krankenschwester und Frauenbeauftragte Christine Detamble-Voss ergänzt: „Jetzt kann die Politik ihr Verständnis für die Forderungen der Ärztinnen und Ärzte auch praktisch umsetzen und eine solide Finanzierungsbasis für die Krankenhäuser schaffen.“

Vorbild für andere?

Die „Streiks“ der Ärztinnen und Ärzte in den vergangenen Wochen haben sich von anderen Streiks ab. Dieser Streik wurde von „oben“ mit organisiert. Ein Streik führt sich eben leichter, wenn – wie man sehen konnte – Arbeitgeber von Kliniken auf die leitenden Ärzte einwirken, die Teilnahme von Ärztinnen und Ärzten an Aktionen in ausreichender Zahl zu ermöglichen und auf Gehaltskürzungen, wie bei anderen Streiks üblich, zu verzichten. Ein Streik lässt sich auch leichter organisieren, wenn es Absprachen der leitenden Klinikärzte mit niedergelassenen Ärzten gibt, keine Patienten mehr in die Kliniken zu überweisen, in denen gestreikt wird.

Im Februar dieses Jahres haben Chefärzte den Streik des nichtärztlichen Personals in Pressekonferenzen als unverantwortliches Risiko für Leib und Leben der Patientinnen und Patienten dargestellt und den Streik in die Nähe von kriminellen Aktionen gerückt. Beim Streik der Ärztinnen und Ärzte sahen Chefärzte kein Risiko für die Patientinnen und Patienten.

Ein Streik, der von oben mit organisiert, also von Führungskräften aktiv gefördert wird, ist schon außergewöhnlich. In Betrieben der Wirtschaft wäre dies undenkbar. Die Streiks der nichtärztlichen Beschäftigten haben gezeigt, dass Chefärzte nicht bereit sind, für Hebammen, Physiotherapeuten, MTAs oder Pflegepersonal, technisches Personal oder alle anderen therapeutischen Bereiche den Ablauf der Klinik so zu organisieren, dass alle am ver.di-Streik teilnehmen können. „Mit uns haben sich die Ärztinnen und Ärzte im Streik nicht solidarisiert“, berichtet der Elektriker Reinhold Löhner aus Nürnberg.

Grundlage: Hoher Organisationsgrad – Entschlossenes Handeln!

Aber eines können wir aus dem Ärztestreik lernen! Ein hoher Organisationsgrad und entschlossenes Handeln können zum Erfolg führen. Das gilt für alle Berufsgruppen in den Krankenhäusern!

Nur eine solidarische Tarifpolitik ist zukunftsfit!

ver.di steht für eine solidarische Tarifpolitik. Solidarisch heißt, dass für alle Beschäftigten gemeinsam eine Einkommenserhöhung durchgesetzt wird. Grundlage für diese gemeinsame Auseinandersetzung über die Einkommenshöhe mit den Arbeitgebern ist ein ausgewogenes Verhältnis der Beschäftigtengruppen zueinander, das auf eine breite Akzeptanz aller Beschäftigten stößt. Dieses Verhältnis wird in der Zuordnung zu den Entgeltgruppen – also der Eingruppierung – geregelt. Durch die Veränderung der Eingruppierung wurde dieses Verhältnis neu festgelegt, wie z. B. für die Beschäftigten in

der Pflege 1989/1990 und für die Ärztinnen und Ärzte mit den Tarifabschlüssen 2005/2006 von ver.di mit den Ländern und Gemeinden. Auf dieser Grundlage wird in die jährliche Tarifrunde gegangen.

Von den Müllwerkern profitiert!

Im Falle eines Streiks werden vorrangig die Beschäftigtengruppen in den Streik geführt, die Druck auf die Arbeitgeber ausüben. Dies waren jahrzehntelang die Müllwerker, der öffentliche Nahverkehr und häufig andere Bereiche, in denen Arbeiterinnen und Arbeiter tätig waren. Von diesen Streiks haben z. B. die Beschäftigten in Krankenhäusern oder Rathäusern profitiert. Diese Rolle können heute andere Beschäftigte übernehmen, z.B. wenn ein Arbeitskräftemangel bei dieser Beschäftigungsgruppe besteht.

Von Kulissenschiebern und Schauspielern

Der Streik der Ärztinnen und Ärzte wurde aber nicht geführt, um für alle Beschäftigten Verbesserungen durchzusetzen, sondern nur für die Ärztinnen und Ärzte, egal was bei den anderen Beschäftigungsgruppen passiert. Der MB-Vorsitzende Montgomery: „Sie würden ja auch nicht wollen, dass am Theater z. B. die Gewerkschaft der Kulissenschieber die Honorare der Schauspieler verhandelt.“

Damit ist klargestellt, dass der MB die Leistung der nichtärztlichen Beschäftigten nicht anerkennt und nichts von der Zusammenarbeit der Berufsgruppen im Krankenhaus hält.

Rosige Zukunftsaussichten?

Der Abschluss des MB wird den Druck zu Kostensenkungen erhöhen. Tätigkeiten von Ärztinnen und Ärzten können auf andere Berufsgruppen verlagert werden. Die Zahl der „teuren“ Ärztinnen und Ärzte kann ausgedünnt und ihr Anteil an der Belegschaft reduziert werden. Dies ist umso attraktiver, je größer die Differenz in den Personalkosten zwischen den Beschäftigtengruppen ausfällt.

Kliniken haben schon angekündigt, ärztliches Personal abzubauen und teilweise durch nichtärztliche Beschäftigte zu ersetzen.

Bei Kliniken in privater Trägerschaft ist das Verhältnis Arzt zu Gesamtpersonal am ungünstigsten und pro Arzt arbeiten mehr nichtärztliche Beschäftigte. Vor dem Hintergrund bedeutet die Aussage von Herrn Montgomery, dass es ihm egal sei, ob der Streik zur Privatisierung der Kliniken führe, nicht unbedingt eine rosige Zukunftsaussicht für die streikenden Ärztinnen und Ärzte.

Eine solidarische Tarifpolitik beinhaltet, dass es für einzelne Berufsgruppen durch eine bessere Eingruppierung zu einer höheren Bezahlung kommt. Dies ist sogar unverzichtbar für eine Tarifpolitik für alle Beschäftigtengruppen. Dies wurde und wird für viele Berufsgruppen angegangen und durchgesetzt.

Deshalb halten wir eine solidarische Tarifpolitik für die bessere Alternative: Eine Gruppe für die andere steht gemeinsam gegen die Arbeitgeber.

Herausgeber: ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin · Ressort 9 · V.i.S.d.P.: Frank Bsirske, Ellen Paschke · Bearbeitung: Wolfgang Pieper, Gabriele Grischl-Bahr · Gestaltung: Hauer+Ege GmbH, Stuttgart · Druck: am AG, Darmstadt · W-2489-8-0806

Anmerkung PB. Unsere Darstellung nimmt die Gliederung des mehrfarbig gestalteten Flugblattes auf. Bilder wurden weggelassen.

lens und anderer Freuden des Verbands- und Vereinslebens. Im gewöhnlichen Geschäftsgang demokratischer Verbände werden solche problematischen Konstellationen durch Personal- und Sachentscheidungen, Wahlen und Abstimmungen innerverbändlich befriedet. Dieser Weg der Klärung ist konkurrierenden Verbänden versperrt. Dagegen steht quasi mathematisch sicher fest, dass Losreißung eines Verbandsteils das Ansehen und letztlich auch das Einkommen der Verbandsleitung schwächen muss, selbst wenn die Interessen der Verbandsmitglieder dadurch sonst nicht negativ betroffen würden.

Im konkreten Fall ist es so, dass das Ausscheren des MB aus der Tarifgemeinschaft mit ver.di die Legitimation all der Menschen, die im Rahmen von ver.di Funktionen wahrnehmen, geschwächt hat. Ihr Ansehen wurde beschädigt, ihr oft ehrenamtlicher Einsatz und ihre Mühe wurden missachtet. Die Repräsentanten des MB waren sich bei vielen Gelegenheiten nicht einmal zu schade, sie regelrecht zu verspotten.

Dennoch könnte nicht gezeigt werden, dass das Tarifgeschehen dieses Jahres die Vertragslage der Beschäftigten im Gesundheitswesen tatsächlich negativ beeinflusst hat. Die Konkurrenz der beiden Verbände hat – jedenfalls in diesen kurzen Fristen – den Verbandsmitgliedern nicht geschadet, während sie die Verbandsrepräsentanten der einen Seite schwer drückte und auf der anderen Seite enormen Bedeutungszuwachs verschaffte. Natürlich erweise argumentiert die geschädigte Seite, ver.di, mit kommenden üblen Folgen, während der MB neue und noch größere Erfolge ankündigt.

Abschlussfolgen

Der Arbeitsmarkt für ärztliche Dienstleistungen ist aus rechtlichen und arbeitsorganisatorischen Gründen scharf abgegrenzt. Der Arbeitgeber braucht genau diese Leute und kann sie durch andere nicht ersetzen. Allerdings hat die Entwicklung der modernen Medizin in weiten Bereichen die Arzt-Patient-Beziehung entpersonalisiert. Die ärztlichen Dienstleister werden austauschbar. So kann die Arbeit viel besser rationalisiert werden. Unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten steht die Hebung genau dieser Reserven an. Die Streikbewegung des ärztlichen Personals zeigt, dass sich die Krankenhausärzte dem nicht entgegenstemmen wollen, aber Entschädigung fordern. Wahrscheinlich sind die Möglichkeiten für Produktivitätssteigerungen der ärztlichen Dienstleistungen bedeutend. Sollten erhebliche Änderungen gerade im Arbeitsprozess der Ärzte anstehen, würde das im Übrigen eine weitere Erklärung für den Bedarf nach einer starken, im engen Sinn berufsspezifischen Vertretung liefern.

Strukturdefizit des Marburger Bundes

Gegenwärtig gibt es Anzeichen dafür, dass der MB, vom eigenen Anfangserfolg mitgerissen, die Gewerkschaft ver.di im Gesundheitswesen beiseite drängen will. Eine solche Strategie könnte der MB ironischerweise unter der Lösung „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ fahren. Aus dieser Gefahr erklären sich manche bitteren Anmerkungen zur Politik des MB. Im Betrieb hat es gewerkschaftliche Arbeit nicht nur mit der Wahrung und Einhaltung der Tarife zu tun, sie stellt auch ein Gegengewicht dar zur hierarchischen Arbeitsorganisation und den vielen Zulässigungen und Ungerechtigkeiten, die sich „ausführende“ Arbeitskräfte von „leitenden“ gefallen lassen sollen. In den Krankenhäusern ist die ärztliche Arbeitsleistung durchweg mit Vorgesetztenfunktionen verwoben. Werden die betriebliche und die gewerkschaftliche Interessenvertretung durch das ärztliche Personal dominiert, kommt es unvermeidlich zu einem Funktionsverlust. Die Arbeitnehmereinrichtungen funktionieren für einen ganz erheblichen Teil der Beschäftigten wie Arbeitgebereinrichtungen. Dazu käme es auch, wenn das ärztliche Personal seine eigenen Konflikte mit dem Arbeitgeber hat und heftig ausfechtet.

Obwohl die ärztliche Arbeit in den Krankenhäusern einen Funktionswandel erfährt und heute auf Kooperation angewiesen ist und als reines Weisungsverhalten nicht mehr erfolgreich sein kann, sind die sozialen und arbeitsprozessualen Beziehungen in den Krankenhäusern seit langem gespannt geblieben. Auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr Angehörige des ärztlichen Personals für Fragen gewerkschaftlicher Interessenvertretung interessierten, zeigt sich, dass diese Probleme sich nicht verflüchtigten.

Unter diesem Blickwinkel käme es für ver.di darauf an, eine Strategie zu entwickeln, die gewährleistet, dass bei den Betriebs- und Personalratswahlen Gewerkschaft als Gegengewicht zur hierarchischen Arbeitsorganisation attraktiv bleibt.

Aussichten

Die Zusammenführung der verschiedensten Berufsgruppen in einer einheitlichen Dienstleistungsgewerkschaft war eine Idee der Gewerkschaftslinken. Tatsächlich hatten sich zwischen den verschiedenen Arbeitsmärkten im Dienstleistungsbereich immer mehr Übergänge entwickelt. Die Entwicklung im Gesundheitswesen wirft aber die Frage auf, ob die berufsspezifischen Interessen, die im Arbeitsleben viel ausmachen, auf diese Weise rechtzeitig ermittelt und in Forderungen umgesetzt werden können.

maf

Schulfach Unternehmertum.

FAZ, Mi. 9.8.06. Ein privater Verein Network for Teaching Entrepreneurship (NFTE) unter Vorsitz von S. Brenninkmeijer, A. Dibelius, Leiter der Investmentbank Goldman Sachs in Deutschland, sowie die Medienunternehmerin C. zu Salm verfolgt das Ziel, Haupt- und Realschülern unternehmerisches Denken zu vermitteln. Gegründet wurde der Verein in USA von S. Mariotti, einem früheren Manager und Unternehmer, der als Lehrer in New Yorks Stadtteil South Bronx (bekannt durch große Armut) arbeitete. Dieser Verein konzentrierte sich in Deutschland auf Schüler aus sozial benachteiligten Gruppen mit hohem Ausländeranteil. Es geht nicht nur darum, Unternehmer auszubilden, so S. Schweizer, Leiterin einer Hauptschule in Nürnberg. Die Schüler lernen auch, die Welt aus den Augen eines Arbeitgebers zu sehen.

Die Wirtschaftslobby macht Stimmung.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die der Wirtschaftswissenschaftler R. Speth vorstellte, zeigt: Die Wirtschaft nutzt zunehmend neue, von klassischen Werbeagenturen entwickelte Stimmungskampagnen, um die politische Debatte und die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger zu beeinflussen. Ziel bei Kampagnen wie „Du bist Deutschland“ sei, eine positive Grundstimmung für Reformen und Wirtschaftswachstum zu erzeugen. Speth registriert, die zweite Welle von Kampagnen sei verglichen mit denen der Kohl-Regierung besser organisiert, weniger alarmistisch und finanziell besser ausgestattet. Gegenmodell zu solchen Kampagnen sei die Stiftung Marktwirtschaft, die als Wirtschafts- und CDU-nahe Denkfabrik ganz ohne PR- und Werbeaufwand klassische wissenschaftliche Politikberatung betreibe.

Steuermehrreinnahmen wecken Begehrlichkeiten.

FAZ, Mo., 14.8.06. Ange-sichts der unerwartet hohen Steuereinnahmen im bisherigen Jahresverlauf fordern mehrere Arbeitgeberverbände eine Vorzeichen der Unternehmenssteuerreform um ein Jahr auf 2007. Diese Reform müsste zugleich mit der Mehrwertsteuer Anfang Januar 2007 in Kraft treten, verlangte der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), M. Ohoven. J. Thumann, BDI, appellierte, unter diesen Vorzeichen auf eine Gegenfinanzierung der Unternehmenssteuerreform zu verzichten. BDA-Präsident D. Hundt forderte die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 %. Außerdem müsste endlich der Aussteuerungsbeitrag die Strafzahlung der Bundesagentur für Arbeit für nicht vermittelte Arbeitssuchende an den Bundesfinanzminister gestrichen werden.

Presseauswertung: rst

BdV-Ausstellung bestätigt Kritik an geplantem Vertreibungszentrum

Am 10. August eröffnete Erika Steinbach, Mitglied des CDU-Bundesvorstands und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und deren Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, im Berliner Kronprinzenpalais die Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“. Die Ausstellung, von der BdV-Stiftung veranstaltet und als Baustein für ein künftiges Vertreibungscentrum in Berlin betrachtet, soll die „europäische Dimension“ (Steinbach) dieses heftig umstrittenen Projektes beweisen, das seit Jahren die Beziehungen zwischen der BRD und ihren östlichen Nachbarländern belastet.

Grenzenlos europäisch

Demonstrativ wird der angebliche europäische Charakter durch die äußere Gestaltung inszeniert: Wände und Fußboden des „Europa-Saales“ der drei Räume umfassenden Ausstellung¹ bilden eine riesige schwarz-weiße Europa-Karte. Grenzen sind darauf nicht eingezeichnet. Rund herum an den Wänden verläuft in Augenhöhe eine Leiste aus viel Text, etlichen Fotos und einigen Ausstellungsobjekten. „Wer hier durch die Tür tritt, der weiß auf den ersten Blick, dass es Kurz- und Kürzestessays zu lesen gibt, und nicht mehr. Das ist keine Ausstellung, das ist ein an die Wand geklebtes Manuskript, das sich als Ausstellung kostümiert, weil es so eine Aufmerksamkeit erzielt, die es gedruckt und geheftet niemals erreichen könnte“, schrieb Stephan Speicher in der Berliner Zeitung (11.8.2006). Die Textleiste wird ergänzt durch „Hörstationen“,

weiße Kuben aus Plastik und Plexiglas, ausgestattet mit Video-Bildschirmen und Kopfhörern, an denen dokumentarische Filmaufnahmen zu sehen, persönliche Erlebnisberichte von Betroffenen aus verschiedenen europäischen Ländern zu hören sind.

Ein Konzept aus alten Zeiten

Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass die Ausstellung den Verdacht, bei dem von der BdV-Stiftung geplanten Vertreibungscentrum handele es sich um ein durch und durch deutschnationales Projekt, keineswegs ausräumen kann. Das Gegenteil ist der Fall. Die inhaltliche Konzeption entspricht den „Vorschläge(n) zur Planung und Gestaltung des ostkundlichen Unterrichts“, die der sudetendeutsche Soziologe Eugen Lemberg 1961 vorlegte. Der Nationalismus-theoretiker Lemberg (1903–1976) gilt als führender geistiger Wegbereiter der sudetendeutschen völkischen Bewegung in der BRD. Im Sommer 1938 war er in der Propagandaabteilung des Sudetendeutschen Freikorps in Dresden aktiv, und nach der deutschen Besetzung leitete er die Anstalt für Lehrerausbildung in Liberec (damals Reichenberg). 1957 wurde er Professor für Soziologie des Bildungswesens am Institut für Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main und entwickelte Konzepte für die „Ostkunde“ an westdeutschen Schulen.² In seinen „Vorschlägen“ von 1961 heißt es: „Die Ursache der Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße wie aus den deutschen Siedlungsgebieten Ostmitteleuropas liegt in dem Na-

tionalismus der im 19. Jahrhundert zu eigenem Bewußtsein und Souveränitätswillen erwachten Völker, die das, wenn auch jahrhundertelange, Vorhandensein deutscher Volksgruppen in den 1918 errichteten Nationalstaaten als gefährlich, ihren kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß als entwürdigend empfanden. Das von der Sowjetunion nach Westen gedrängte Polen empfand die Oder-Neiße-Gebiete als ehemals polnische und vertrieb die Deutschen zur Vermeidung von Nationalitätsproblemen. Nicht zu verkennen ist als Veranlassung die Entwürdigung und Unterdrückung dieser Völker durch den Nationalsozialismus, die jenen Nationalismus zur Weißglut steigerte.“ Die „Vertreibung“ der Deutschen müsse aber auch, so Lemberg, „im Zusammenhang mit den seit 1914 besonders Ost- und Mitteleuropa in Unruhe haltenden Vertreibungen, Fluchtbewegungen und gewaltsamen Umsiedlungen gesehen werden, unter ihnen der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch von 1923, die Massendeportationen durch die Sowjetmacht und die ‚Heimholung‘ deutscher Volksgruppen (Baltendeutsche, Wolhyniendeutsche, Bessarabiendeutsche) durch Hitler.“³

Die an der Universität Oldenburg lehrenden Historiker Eva und Hans Henning Hahn fassten die Quintessenz von Lembergs Geschichtsbild und dessen Wirkungsmächtigkeit bis heute 2005 mit dem Satz zusammen: „Wenn alle Europäer dem vermeintlichen Bazillus des Nationalismus verfallen seien und alle Nationen deshalb Verbrechen auf dem Gewissen haben, erscheint der



Bereits am 10. September finden die **Kommunalwahlen in Niedersachsen** statt.

Die Linke.PDS Landesverband Niedersachsen tritt bei den Kommunalwahlen mit dem Namen Die Linke. an, örtlich teilweise mit anderen Namen.

Die WASG beteiligt sich an den örtlichen Listen, tritt aber bei den **Kreistagswahlen** in folgenden Kreisen an:

Harburg, Osterholz, Peine und Rotenburg (Wümme).

Die Linke. tritt bei den Kreistagswahlen in folgenden Kreisen an: Aurich, Diepholz, Emsland, Göttingen, Helmstedt, Lüneburg, Northeim, Osterode am Harz und Stade.

In folgenden Landkreise treten Mitglieder der Linkspartei, WASG und Parteilose auf folgenden Listen an:

Celle: Bündnis soziale Gerechtigkeit • Cuxhaven: Linke Alternative Cuxhaven • Friesland: Das Linksbündnis Friesland • Goslar: Goslarer Linke • Region Hannover: Das Linksbündnis Region Hannover • Hameln: Linke Alternative Hameln-Pyrmont • Leer: Linke Alternative Landkreis Leer • Lüchow-Dannenberg: Grüne Liste Wendland • Salzgitter: Linke Alternative Salzgitter • Schaumburg: Wählergemeinschaft Linksbündnis Schaumburg • Soltau-Fallingbostel: Linkes Bündnis für soziale Gerechtigkeit • Stade: Die Linke. und Wahlalternative soziale Gerechtigkeit • Verden: Neue Ökologische Linke • Wittmund: Das Linksbündnis Wittmund • Wolfenbüttel: Linksbündnis Wolfenbüttel.

In Städten treten folgende Listen an:
Emden: Die Linke. • Delmenhorst:

Linke Alternative Delmenhorst • Oldenburg (Oldb.): Die Linke. • Osnabrück: Osnabrücker Linke. v Wilhelmshaven: Linke Alternative Wilhelmshaven • Wolfsburg: Wolfsburger Linke • Braunschweig: Die Linke. • Salzgitter: Linke Alternative Salzgitter • Königslutter: Die Linke. • Buxtehude: Die Linke. • Cuxhaven: Linke Alternative Cuxhaven • Leer: Linke Alternative Leer • Georgsmarienhütte: Georgsmarienhütter Linke • Hann. Münden: Die Linke. • Hildesheim: Linke Alternative Hildesheim • Göttingen: Göttinger Linke • Aurich: Die Linke. • Wittmund: Das Linksbündnis Wittmund.

WASG und Linkspartei.PDS haben jetzt eine Massenzeitung in der Auflage von 300.000 Stück herausgegeben.

jöd



deutsche Nationalsozialismus nicht anders als der Nationalismus anderer Völker, und so können auch die nationalsozialistischen Verbrechen in eine lange Reihe ähnlicher ‚Verbrechen‘ eingeordnet werden – dieser einfache Gedankengang sorgt auch seit neuestem für vielerlei Verwirrung in der deutschen Öffentlichkeit.⁴

Holocaust „nicht Thema“

Getreu Lembergs „Vorschlägen“ beginnt die Steinbach-Ausstellung mit einem Prolog, in dem es heißt: „Die Umsetzung der Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaates ist eine der Hauptursachen für Vertreibungen ethnischer Gruppen und Minderheiten im 20. Jahrhundert. Rassismus und Antisemitismus waren neben dem Nationalismus weitere Antriebskräfte für Vertreibung und Vernichtung.“

Neun Beispiele werden für diese These ins Feld geführt, beginnend mit der Vertreibung und Vernichtung der Armenier 1915/16 durch das Osmanische Reich und dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch 1923, endend mit dem Bevölkerungsaustausch zwischen dem türkischen und dem griechischen Teil von Zypern 1975 und den sog. ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren.

Dazwischen eingebettet sind die Jahre 1933 – 1949. Zuerst ein Kapitel über die „Vertreibung der Juden in Deutschland ab 1933“. Erika Steinbach ist mehrfach vorgeworfen worden, sie betrachte das Projekt Vertreibungszenrum als Gegenstück zu dem Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas und sie wolle den Holocaust damit relativieren. Sie wies den Vorwurf mit der Erklärung zurück, sie erkenne die „Singularität“ des Holocaust. In der Ausstellung heißt es dazu: „In der Durchdringung von rassistischer Ideologie, wirtschafts- sowie militärpolitischem Kalkül und fabrikmäßiger Morde erhielt die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung einen in der Geschichte singulären Charakter.“ Ein hinterhältiger Satz: „Verfolgung“ kann in verschiedener Intensität und unter ver-

schiedenen Umständen stattfinden. Eine besondere Kombination der näheren Umstände begründet in dem zitierten Satz den „singulären Charakter“. Der Holocaust war jedoch nicht einfach eine ganz spezielle Form der Verfolgung (und insofern mit anderen Verfolgungen vergleichbar), sondern der mit nie da gewesenem Vernichtungswillen betriebene Versuch der deutschen Faschisten, die Judenheit vollständig auszurotten. Dies macht seine Singularität aus, und aus diesem Grunde verbietet es sich, ihn in eine Reihe mit anderen „Verfolgungen“ zu stellen. Im Ausstellungstext bleibt der Ausrottungswille ungenannt, es heißt einfach: „Ende 1941 begann im KZ Auschwitz die fabrikmäßige Ermordung der Juden durch Gas. Die Darstellung der Ermordung der europäischen Juden ist nicht Thema dieser Ausstellung. Die Ausstellung zeigt vielmehr den schrittweisen Prozess der Vertreibung bis zum Holocaust.“

So sehr diese Beschränkung einerseits zu begrüßen ist (Steinbach: man habe sich nicht den Vorwurf der Gleichsetzung einhandeln wollen), so deutlich wird hier auch das grundlegende Problem des Ausstellungskonzeptes. Verschiedene Geschehnisse werden als Beispiele für grundsätzlich Gleichartiges („Unrecht der Vertreibung“) nebeneinander gestellt. Der Kausalzusammenhang zwischen dem Holocaust und den Ausrottungsplänen der Nazis gegenüber anderen Völkern (Sinti und Roma; „Generalplan Ost“) einerseits und der Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg andererseits bleibt ausgespart.

Hitler = Stalin

Das nächste Kapitel ist überschrieben „Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen der Polen, der Ukrainer und im Baltikum 1939–1949“. Ausgehend vom deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 wird in diesem Kapitel ein Bild mannigfacher Bevölkerungsverschiebungen entworfen, in dem das Nazi-Reich und die Sowjetunion spiegelbildlich agieren. Der Sowjetunion werden

die gleichen Motive – Expansionsdrang – unterschoben wie dem Naziregime. Man kann den sog. „Hitler-Stalin-Pakt“ verteidigen oder als falsche Antwort auf ein vorhandenes Problem verurteilen, als Motiv auf sowjetischer Seite sind Sicherheitsinteressen jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Ein solches Motiv ist jedoch im Lemberg-Steinbachschen Konzept nicht vorgesehen, hier gilt: rot gleich braun. Die unsaubere Methode wird beispielhaft deutlich an folgender Textpassage: „Dieses Abkommen, dessen Einhaltung auf lange Sicht Hitler nie beabsichtigte, gab ihm freie Hand für den Angriff auf Polen. Dieser erfolgte am 1. September 1939. Als Vorwand hierfür diente die ‚Danzig-Frage‘: seine Forderung, die Freie Stadt Danzig an Deutschland abzutreten. Im Mai des selben Jahres hatte Hitler jedoch erklärt: ‚Danzig ist nicht das Hauptziel. Für uns geht es um die Erweiterung unseres Lebensraumes im Osten.‘ Der deutsche Vormarsch wurde gespiegelt (englischer Text: mirrored – RH) durch den der Roten Armee, die am 17. September mit der Besetzung des östlichen Teils von Polen begann und so die Teilung Polens vollendete, die im Hitler-Stalin-Pakt vereinbart worden war.“⁵

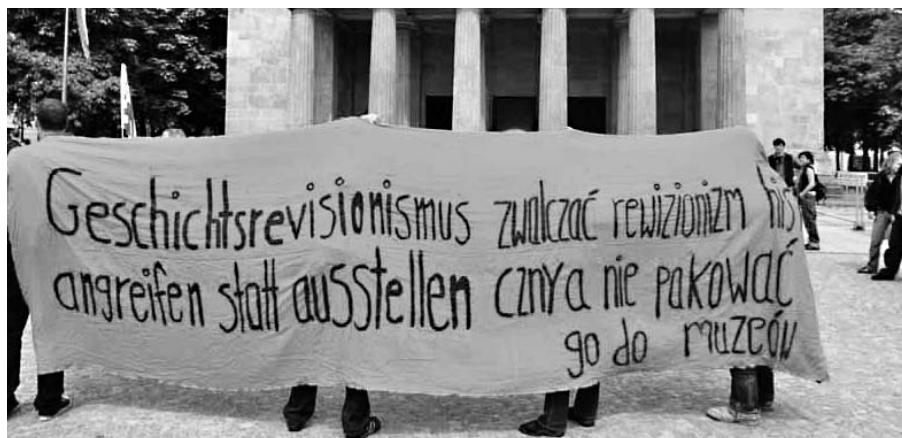
Die besonderen Gründe für die Umsiedlung der Deutschen fallen unter den Tisch

Ganz im Sinne Lembergs beschreibt die Ausstellung dann „die Massendeportationen durch die Sowjetmacht und die ‚Heimholung‘ deutscher Volksgruppen (Baltendeutsche, Wolhyniendeutsche, Bessarabiendeutsche) durch Hitler“ (Lemberg), zusätzlich auch die Umsiedlung der finnischen Karel in Zusammenhang mit den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Finnland und der Sowjetunion 1939 bis 1944 sowie angebliche Verbrechen jugoslawischer Partisanen an der italienischen Bevölkerung Istriens.

Vergeblich sucht man dagegen nach Informationen über die Flucht von Millionen sowjetischer Bürger vor Wehrmacht und SS-Einsatzgruppen, über den erzwungenen Weg von Hunderttausenden in die Wildnis, um sich

dem Kampf der Partisanen gegen die Besatzer anzuschließen, über die Belagerung und Aushungerung der Stadt Leningrad, die mit dem Hungertod von mehr als einer Million und mit der Evakuierung einer weiteren halben Million Leningrader verbunden war. Kein Wort über die Vernichtung Hunderter sowjetischer Ortschaften, über die Politik der verbrannten Erde auf dem Rückzug der geschlagenen deutschen Truppen. Keine Angabe schließlich über die Zahl der Todesopfer, die der deutsche Angriff die Sowjetunion insgesamt kostete: zwischen 23 und 26 Millionen.

Kritik hieran wurde mit der typischen Kombination von Dreistigkeit, Alles-in-einen-Topf-Röhren und Instrumentalisierung von persönlichem Leid für unlautere politische Zwecke zurückgewiesen. Wie die Berliner Morgenpost am Tag nach der Eröffnung berichtete, antwortete Parlamentspräsident Lammert



Rund 80 Menschen demonstrierten am 12.8. gegen die Ausstellung

bei der Eröffnung der Schau auf den Vorwurf, die Ursachen für die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa – Hitlers Krieg und die fürchterlichen, sowohl von der deutschen Wehrmacht als auch von SS-Truppen begangenen Kriegsverbrechen – seien unterbelichtet: „Die historischen Kausalitäten, der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung liegt bei den großen Vertreibungen, die es in der europäischen Geschichte vor allem des 20. Jahrhunderts gegeben hat, regelmäßig klar zu Tage. Eine hinreichende Rechtfertigung für das persönliche Vertreibungs-schicksal ergibt sich daraus fast nie.“ (Berliner Morgenpost, 11.8.2006)

Die Anderen sind schuld

Dagegen kommt, wiederum ganz im Sinne der Lembergschen „Vorschläge“, die sog. Westverschiebung Polens ausführlich zur Sprache. Man erfährt, dass von 1944 bis zum Sommer 1946 „gut 1,2 Millionen Polen aus den von der Sowjetunion annexierten östlichen Regionen Polens (Galizien, Wolhynien, Belarus, Litauen) zwangsweise nach Polen umgesiedelt“ und „rund 480.000 Ukrainer aus Polen in die Sowjetunion vertrieben“ wurden, während 1947 „im

Rahmen der Operation Weichsel rund 180.000 Ukrainer zwangsweise aus Südostpolen nach Nordwestpolen überführt“ wurden. Schuld sei die „durch Stalin betriebene und von den Westalliierten akzeptierte Westverschiebung Polens bis an die Oder-Neiße-Grenze“. Auch für die „Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges“ bildet sie angeblich die Hauptursache. Dass es ohne Hitlers Krieg nie zur „Westverschiebung“ gekommen wäre, kann man sich dazudenken – oder auch nicht.

Weiter heißt es in dem Kapitel zu diesem Thema: „Mit Kriegsbeginn begannen die Kriegsgegner Deutschlands mit Planungen für die Nachkriegszeit, zu denen auch Umsiedlungen gehörten. Während des Kriegsgeschehens radikalierte sich die Haltung der Exilregierungen Polens und der Tschechoslowakei sowie 1944/45 auch die der Ungarn

Tschechen und Juden verbunden gewesen ist. „Die von Konrad Henlein geführte nationalsozialistische Sudetendeutsche Partei hatte zudem die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen als antisowjetisch und Hitler-freundlich diskreditiert.“ Und jetzt die Weißglut: „Nach dem Kriegsende fielen Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei besonders brutal und umfassend aus.“

Europa – ohne Oder-Neiße-Grenze

Die „Vorschläge“ Eugen Lembergs, die sich Erika Steinbach zu eigen gemacht hat, stammen aus einer Zeit, als die westdeutschen Schulalanten Ostpreußen, Pommern und Schlesien noch als „unter polnischer Verwaltung stehende deutsche Ostgebiete“ auswiesen, die Rückgewinnung dieser Territorien noch offizielles Ziel bundesdeutscher Außenpolitik war und über das rechtmäßige Zustandekommen des Münchner Diktats von 1938 gestritten wurde. Erika Steinbach gehörte zu den wenigen Abgeordneten, die 1990 im Bundestag gegen die Ratifizierung des deutsch-polnischen Grenzvertrages (und damit gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze) und 1997 gegen die Deutsch-Tschechische Erklärung stimmten.

Die schwarz-weiße Landkarte, die den Boden und die Wände des Europa-Saales schmückt, kennt keine Landesgrenzen. Das enthebt Frau Steinbach und ihre Mannschaft der Notwendigkeit, die deutsch-polnische und die deutsch-tschechische Grenze dort einzzeichnen, wo sie hingehören.

Renate Hennecke

1 In den beiden Nebenräumen werden in aufeinander getürmten weißen Kuben emotional aufgeladene Erinnerungsstücke an „Flucht und Vertreibung“ von Angehörigen verschiedener europäischer Völker präsentiert, darunter besonders hervorgehoben die Schiffsglocke des deutschen Flüchtlingsschiffes „Wilhelm Gustloff“. Die Küstenwacht Gdynia als Leihgeber hat die Glocke mittlerweile zurückfordert und die Ausstellungsmacher der Irreführung über den Charakter der Ausstellung beschuldigt. Auch andere Exponate polnischer Leihgeber wurden zurückfordert.

2 Wikipedia, Stichwort Eugen Lemberg, eingesehen am 20.8.2006.

3 Zitiert nach Eva und Hans Henning Hahn, Die Umsiedlung der Deutschen aus dem östlichen Europa im Rückblick: Über die neuen Interpretationen der „Vertreibung“ als einer „ethnischen Säuberung“, Übersetzung eines Auszugs aus: The Resettlement of the German Population from Eastern Europe in Retrospect: On the New Interpretation of ‚Expulsion‘ as ‚Ethnic Cleansing‘, in: DAPIM. Studies on the Shoah 19, 2005, S. 197–217 (In Hebrew with English Abstract). Quelle: www.bohemistik.de/evahahn/dapim2.html, eingesehen am 20.8.06.

4 Eva und Hans Henning Hahn, a.a.O.

5 Rückübersetzung der englischen Version, auf die hier zurückgegriffen werden muss, weil ein deutsches Manuskript nicht vorliegt und nicht der gesamte deutsche Text abgeschrieben werden konnte. Alle übrigen Textzitate gemäß eigener Abschrift des Ausstellungstextes.

50 Jahre KPD-Verbot – kein Ende in Sicht

Das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, ausgesprochen durch das Bundesverfassungsgericht vor fünfzig Jahren, am 17. August 1956, ist ein Kernbestandteil des bundesrepublikanischen Staates, der die Gegenwart an die Adenauerzeit bindet – anscheinend unauflöslich. Insofern überrascht es, wie wenig Aufmerksamkeit dieses Jubiläum gefunden hat.

Daten zur Geschichte der KPD 1945-56

- 1945** 11.06. Aufruf des Zentralkomitees der KPD an das deutsche Volk
12.06. Neugründung der KPD in Berlin
02.10. Erste Funktionärskonferenz der KPD Ruhrgebiet-Westfalen
1946 19./20.04. 15. Parteitag der KPD in Berlin
27.07. Bildung einer Zonenleitung der KPD für die britische Zone
1947 14.02. Gründung der Arbeitsgemeinschaft SPD/KPD
April: mehrere Bezirks- und Landesparteitage mit Beschluss über die Vereinigung mit der SED in Württemberg, Hessen, Baden
1948 27.04. Parteivorstandstagung der KPD auf der Delegiertenkonferenz in Herne; Umbenennung der KPD in „Sozialistische Volkspartei Deutschlands“
1949 03.01. 8. Parteivorstandstagung, Beschluss über die organisatorische Trennung von KPD und SED, Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD
01.09. „Freies Volk“ erscheint als Zentralorgan der KPD
1951 02./04.03. Parteitag der KPD in Weimar
22.11. Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD
1952 31.01. Durchsuchungen und Beschlagnahmen auf Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in Geschäftsstellen der KPD und bei einzelnen Funktionären
06.01. 3. Parteivorstandstagung; Reimann, Renner und Fisch zu bevollmächtigten Vertretern der KPD vor dem Bundesverfassungsgericht bestellt
21.09. 6. Parteivorstandstagung in Düsseldorf, Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines nationalen Befreiungsprogramms der KPD
01./02.11. 7. Parteivorstandstagung, Verkündung des Programms der nationalen Wiedervereinigung
1953 09.07. 9. Parteivorstandstagung, Verkündung des Wahlprogramms der KPD für die Bundestagswahl
1954 23.11. Beginn der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht
28./30.12. Parteitag der KPD in Hamburg
1955 15./16.10. 21. Parteivorstandstagung, Programmatische Erklärung des PV „Die neue Lage und die neuen Aufgaben in Westdeutschland“
1956 17./18.03. 23. Parteivorstandstagung, Wideruf der Losung vom „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes“
17.08. Verbot der KPD durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes
Sept. Bildung einer Zentralkommission der illegalen KPD an Stelle des Parteivorstandes
1957 Ende Mai Parteitag der illegalen KPD in der SBZ

(nach: Kluth 1959)

Die folgenden Textauszüge sind die Kurzfassung aus einem Literaturbericht, der im Frühjahr dieses Jahres erstellt wurde (bei der Redaktion erhältlich). Als Quellen dienten vor allem Dokumentensammlungen, Dissertationen und Memoiren. Bei der Auswahl wurde ein gewisser Schwerpunkt auf die Situation in Bayern gelegt, also ein Gebiet, wo die KPD traditionell schwächer war als in anderen Landesteilen. (mif)

Wilhelm Hoegner 1959

Am 1. Oktober 1945 gab ich über den bayerischen Rundfunk in München die Richtlinien der von mir beabsichtigten bayerischen Regierungspolitik bekannt. Meine Regierung sollte aus Vertretern meiner Partei [SPD], der neu gebildeten Christlich-Sozialen Union, der Kommunistischen Partei sowie aus parteipolitisch nicht gebundenen Persönlichkeiten zusammengesetzt werden. (...) Die Entnazifizierung sollte entschieden fortgesetzt werden, an einflußreichen Stellen sollten nur Männer sitzen, die niemals Nationalsozialisten gewesen waren. Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, die Straftaten begangen hatten, aber im Dritten Reich nicht belangt worden waren, sollten nachträglich vor Gericht gestellt werden. Ich erklärte es auch für eine Ehrenpflicht des Staates, den Opfern Hitlers, die Gesundheit, Hab und Gut verloren hatten, zu helfen.

Ich dachte gar nicht daran, den Kommunisten das Innenministerium und damit die Polizei auszuliefern, sondern bot ihnen einen Sonderminister und je einen Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Wirtschaftsministerium und Innenministerium an. Für die Annahme meiner Bedingungen setzte ich ihnen eine Frist von 24 Stunden. Sie nahmen schließlich an. Nachdem die Besatzungsmacht einige von ihnen vorgeschlagene Männer wie Scheringer und Dr. Kroth abgelehnt hatte, wurden von ihr schließlich Heinrich Schmitt als Sonderminister, ferner die Staatssekretäre Thunig, Ficker und Georg Fischer gebilligt.

BVerfGE 5, 85 – KPD-Verbotsurteil

Bundesverfassungsgericht

Urteil

des Ersten Senats vom 17. August 1956
– 1 BvB 2/51 –

in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Entscheidungsformel:

- I. 1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.
2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei

Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.

4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen.

II. In den Ländern werden die Minister (Senatoren) des Innern mit der Durchführung der Entscheidung zu Ziffer I. 2. und 3. beauftragt; insoweit stehen ihnen unmittelbare Weisungsbefugnisse gegenüber allen Polizeiorganen zu.

Die Einziehung des Vermögens wird dem Bundesminister des Innern übertragen, der sich der Hilfe der Minister (Senatoren) des Innern der Länder bedienen kann.

III. Vorsätzliche Zu widerhandlung gegen diese Entscheidung oder gegen die im Vollzuge dieser Entscheidung getroffenen Maßnahmen werden gemäß §§ 47, 42 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft.

Hans Kluth 1959

Nachdem das Verbot der KPD die interne und öffentliche Tätigkeit der Partei zunächst völlig zum Erliegen gebracht hatte, konzentrierte sich die KPD bald danach auf den Wiederaufbau der Betriebsgruppen. Die Betriebe, vor allem die Großbetriebe, wurden zum wichtigsten Kampfplatz für die Kommunisten erklärt, da „hier die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit am unmittelbarsten geführt wird“ (Thesen des Parteitags der KPD 1957). Wie bereits vor dem Verbot wurden Bestrebungen gerügt, die Parteiarbeit aus den Betrieben in die Wohngebiete zu verlagern, da dies die Isolierung der Partei von den entscheidenden Arbeiterschichten bedeuten würde. Die Tätigkeit der Betriebsgruppen der KPD beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf die Herausgabe von Betriebszeitungen, die unregelmäßig und in unterschiedlichem Umfang erschienen. Nach Auskunft des Deutschen Industrie-Instituts, Köln, belief sich die Zahl der illegal erscheinenden Betriebszeitungen der KPD im August 1957 auf 60 bis 70. Bisher wurden u.a. folgende Betriebszeitungen der illega-

len KPD bekannt:

„Scheinwerfer“ – Knorr-bremse in Volmarstein bei Hagen; „Aktionsblatt“ – Gerresheimer Glashütte in Düsseldorf; „Akkufunke“ – Akku in Hagen; „Kurbelwelle“ – Deutsche Edelstahlwerke, Remscheid; „Klüttenkumpel“ – Kölner Braunkohlenrevier; „Standpunkt der Arbeiter“ – Ströver & Lohmann, Herford; „Werftecho“ – Deutsche Werft, Hamburg; „Aniliner“ – Badische Anilin- und Soda-fabrik, Ludwigshafen; „Niethammer“ – Union-Brückenbau, Dortmund.

In der Periode nach dem zweiten Weltkrieg gelang es der KPD nie, im politischen Kräf tespiel Westdeutschlands eine Stellung zu erringen, die derjenigen der Kommunistischen Partei in der Weimarer Republik gleichzusetzen wäre.

Max Reimann 1974

Es waren die Mitglieder der KPD, die mit aller Kraft gegen die antinationale Politik auftraten und an der Einheit eines demokratischen Deutschland festhielten. Wenn die Verderber der Nation von den Schalthebeln der Macht entfernt wurden und die Macht in die Hände der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten überging, war Deutschland gerettet, die friedliche Zukunft der deutschen Nation gesichert.

Wahlen zum ersten Bundestag:

Der Parteivorstand der KPD schätzte das Resultat der Wahlen als „Fehlentscheid in historischer Stunde“ ein. Die Mehrheit der Bevölkerung war an einer Politik des Friedens und der demokratischen Freiheit interessiert, sie hatte sie zumeist auch gewollt, war aber durch eine irreführende Propaganda von diesen ihren Lebensfragen abgelenkt worden.

Alexander von Brünneck 1978

Die Mitgliederzahl der KPD nahm bis 1956 ständig ab. Sie hatte in den ersten Nachkriegsjahren einen Höchststand von etwa 300 000 Mitgliedern erreicht. Zum Zeitpunkt der Auflösung hatte die KPD noch knapp 70 000 Mitglieder.

Die KPD war auf das Verbot zwar vorbereitet, konnte ihm jedoch keinen Widerstand entgegensetzen. In der Illegalität gelang es ihr, ihre politische Arbeit in gewissem Umfang fortzusetzen. Die meisten leitenden Funktionäre der KPD befanden sich in der DDR. Dort

wird wegen eines fortgesetzten Vergehens der Zuwiderhandlung gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956 in Tateinheit mit einem fortgesetzten Verbrechen der in staatsgefährdender Absicht begangenen Geheimbündelei zur

Gefängnisstrafe von sieben (7) Monaten

verurteilt.

II. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.

III. Im Übrigen wird die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

IV. Der Angeklagte trägt die Verfahrenskosten.

Der Augsburger Kommunist Bartl Winter wurde am 20. März 1961 wegen Unterstützung der KPD zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Er blieb bis zu seinem Tod am 10. Dezember 1995 aktiver Teil der linken Bewegung in Augsburg.

tagten auch regelmäßig die Leitungsgremien. 1957 und 1963 fanden in der DDR Parteitage der KPD statt.

Die Mitgliederzahl der KPD schmolz während der Illegalität schnell auf etwa 10% des Standes vor dem Verbot, d.h. von etwa 70 000 auf 6 000 bis 7 000 zusammen.

Bei der Bundestagswahl 1957 rief die KPD sogar dazu auf, die SPD zu wählen. Die KPD bemühte sich überdies, in einigen ihr nicht unmittelbar zugerechneten Organisationen Fuß zu fassen oder solche Organisationen aufzubauen. Das bekannteste Beispiel dafür ist die am 17. Dezember 1960 gegründete, trotz ihres „Sammelungs“-Charakters vornehmlich von Kommunisten strukturierte DFU. Nachdem die Versuche einer Kooperation mit den Sozialdemokraten gescheitert waren, rief die KPD bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 dazu auf, die DFU zu wählen.

Die KPD erreichte schließlich zwar nicht die Aufhebung des Verbotes, aber doch die Duldung einer Nachfolgepartei in Gestalt der DKP.

Als schließlich im Jahre 1968 die Legalisierung der politischen Betätigung von Kommunisten im bisherigen Sinn aufgehoben wurde, war das weniger ein Ergebnis der Politik der KPD als vielmehr ein Ausdruck der veränderten inneren- wie außenpolitischen Situation der Bundesrepublik Deutschland.

Offenbar bewußt vermied das Bundesverfassungsgericht, den Sozialismus schlechthin oder alle Formen eines möglichen Übergangs dahin zu illegalisieren. Das Urteil ist erkennbar bestrebt,

nur diejenige Form der Übergangsgesellschaft zu treffen, die sich in den stalinistischen Herrschaftssystemen der damaligen Zeit konkretisierte.

Allein in Nordrhein-Westfalen durchsuchte die Polizei 712 Parteistellen und Wohnungen und beschlagnahmte 10 Tonnen Druckschriften und Broschüren. Insgesamt sollen 2500 Räume durchsucht, 199 Parteibüros sowie 35 Druckereien, Verlage und Redaktionen geschlossen, 60 Kraftfahrzeuge sichergestellt und 199 KPD-Funktionäre vorläufig festgenommen worden sein.

Richard Scheringer 1979

Staatssekretär des Landwirtschaftsministeriums in der bayerischen Staatsregierung [Oktober 1945]

Der wichtigste Mann im Ministerium stellt sich am nächsten Tag selbst vor. Es ist der Staatsrat Dr. Niklas. Er kommt nach Anmeldung herein und verbindet die Vorstellung gleich mit der Frage, ob der Herr Staatssekretär meine, man solle am bevorstehenden Kirchweitag je Kopf des Normalverbrauchers in München eine Portion Bohnenkaffee ausgeben, der noch zur Verfügung stehe, oder ob man auf eingefrorene Enten zurückgreifen solle, die in ausreichender Menge in den Kühlhäusern lägen.

Ich entschied „Enten“.

Das war meine erste und einzige wirkliche Amtshandlung als Staatssekretär. Am nächsten Tag kam der Herr Dr. Pfeiffer feierlich zu mir und sagte, er bedauere es ganz außerordentlich, mir mitteilen zu müssen, daß die amerikanische Militärregierung es abgelehnt habe, mich als Staatssekretär zu bestätigen, weil ich mich schon während der Zeit der amerikanischen Besetzung des Rheinlandes, nach dem Ersten Weltkrieg, gegen die Besatzungsmacht verstanden hätte und mit Gefängnis bestraft worden sei. Das hatte ich nämlich in den Lebenslauf geschrieben, den jeder ausfüllen mußte.

Georg Fischer 1979

Noch am 15. Juni 1945, am Tag meiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft, traf ich meine Freunde von der Kommunistischen Partei. Alle, ohne Ausnahme – soweit sie schon in Ingolstadt waren –, hatten Funktionen im öffentlichen Dienst.

Tabelle 8: Wegen politischer Delikte von 1950 bis 1966 rechtskräftig verurteilte Personen nach Tatbestandsgruppen (aus: Brünneck)

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	Summe
Hochverrat §§ 80-87 StGB	-	3	-	4	49	42	13	14	1	1	4	1	-	-	1	-	-	133
Staatsgefährdung																		
§§ 88-98 StGB	-	77	165	1634	231	246	195	127	116	175	173	221	201	190	105	75	47	3978
Landesverrat §§ 99-101 StGB	-	-	-	17	57	125	202	232	194	220	272	271	303	287	194	150	123	2647
Summe	-	80	165	1655	337	413	410	272	311	396	449	493	504	477	300	225	170	6758

fentlichen Leben übernommen.

Die politische Führung der KPD in München hatte sich Bruno Goldhamer aus Dresden angeeignet.

Wie sich langsam herausstellte, war Süddeutschland von der illegalen Leitung der KPD bereits vor dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur den Schweizer KPD-Emigranten als Betätigungsgebiet zugeteilt worden.

Scheringer, ich und viele andere, die in der Heimat geblieben waren, waren Einzelgänger geworden, hatten als Grundlage für politische Analysen nur eine ständig bedrohte Informationsquelle über Auslandssender und die eigene Einschätzung der Lage zur Verfügung. Wir folgten den ersten Besprechungen zunächst wie der „Ochs vorm Berg“, wie der Bayer so schön sagt. Zunächst nahmen wir mit Erstaunen die politische Linie unserer Emigrationsgenossen auf.

Bernt Engelmann 1982

„Glaubte Adenauer wirklich an einen sowjetischen ‚Drang nach Westen‘ im

Schumacher, schienen über die Sowjetunion und den Kommunismus nicht viel anders zu denken als er; es gab, wie Adenauer wiederholt und mit großer Beifriedigung feststellen konnte, keine sozialdemokratische Alternative zu seiner antisowjetischen Politik.

Richard Scheringer 1983

Durch das Verbot der KPD 1956 hatten wir ja unsere Mandate im Marktgemeinderat von Kösching, im Kreistag von Ingolstadt und im Bezirkstag von Oberbayern verloren. Um in der Kommunalpolitik weiter mitzuwirken, wurde eine überparteiliche Liste zur Gemeinderatswahl aufgestellt. Aber weil mir mit dem Gefängnis-Urteil auch die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen waren, fiel sie durch. So gaben wir wenigstens nach jeder Gemeinderatsitzung eine Zeitung heraus, die „Köschinger Post“.

Dietrich Staritz 1984

Organisatorisch erfolgte die Anleitung der westdeutschen Parteiorganisation

durch das Zentralsekretariat des SED-Parteivorstandes (später durch das ZK). Im Parteivorstand der SED (80 Mitglieder) hatten 1946 12 Kommunisten aus der KPD Sitz und Stimme; 1947 delegierte der 2. SED-Parteitag 20 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft KPD/SED en bloc und wegen der westalliierten Einsprüche anonym in den Parteivorstand. In dem Parteiorgan, das für die KPD zuständig war, im Zentralsekretariat des Parteivorstandes, war die KPD freilich personell ebenso wenig vertreten wie in der Westabteilung der Parteführung, in der „Abteilung gesamtdeutsche Fragen“.

Georg Füllerth 1990

Nach Ausbruch des Kalten Krieges gingen einige bekannte Intellektuelle, die der KPD entweder angehörten oder nahestanden, in die Sowjetische Besatzungszone, da sie befürchten mussten, daß ihre Wirkungsmöglichkeiten im Westen immer enger würden, und zugleich hoffen konnten, in der SBZ gute Arbeitsbedingungen vorzufinden. Dazu gehörten der Romanist Werner Krauss, der Literaturwissenschaftler Hans Mayer und der Schriftsteller Stefan Heym. Andere – Akademiker ohne Prominenz, in abhängiger Stellung oder noch am Anfang ihrer Laufbahn – hat-

ten diesen Ausweg nicht und traten zu meist aus der KPD aus.

Heinrich Hannover 1998

Ich vermisse noch die Wiedergutmachung des Unrechts, das an denen, die wegen unerwünschter Ost- und Westkontakte verurteilt worden sind, von deutschen Richtern begangen worden ist.

Die übliche Folge einer Verurteilung wegen „Verstoßes gegen das KPD-Verbot“ war die Aberkennung aller Wiedergutmachungsansprüche aus der im Hitler-Staat erlittenen Zuchthaus- und KZ-Haft. Die rechtliche Handhabe dazu bot der § 6 des Bundesentschädigungsgesetzes.

Brünneck, Alexander von, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968. Frankfurt: Suhrkamp, 1978 (S. 35, 41–44, 124, 128, 276).

Engelmann, Bernt, Wie wir wurden, was wir sind: Von der bedingungslosen Kapitulation zur unbedingten Wiederbewaffnung, München: Goldmann, 1982 (S. 199).

Fischer, Georg, Vom aufrechten Gang eines Sozialisten: Ein Parteiarbeiter erzählt. Berlin: Dietz, 1979. Auszüge in: Michael Schröder, Bayern 1945: Demokratischer Neubeginn – Interviews mit Augenzeugen, München: Süddeutscher Verlag, 1985 (S. 51–54).

Füllerth, Georg, KPD und DKP 1945–1990: Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode der kapitalistischen Entwicklung, Heilbronn: Distel, 1990 (S. 38–39).

Hannover, Heinrich, Die Republik vor Gericht 1954–1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts. Berlin: Aufbau, 1998. Berlin: Aufbau-Taschenbuch 2000 (S. 104, 126).

Hoegner, Wilhelm, Der schwierige Außenseiter: Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München: Isar-Verlag, 1959 (S. 202–203).

Kluth, Hans, Die KPD in der Bundesrepublik: Ihre politische Tätigkeit und Organisation, 1945–1956, Köln: Westdeutscher Verlag, 1959 (S. 122–123).

KPD-Prozeß. Dokumentarwerk zu dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, herausgegeben von Dr. Gerd Pfeiffer und Hans Georg Strickert, 3 Bände, Karlsruhe: Verlag C. F. Müller, 1955/56.

Mayer, Herbert, „Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD – Ein westeuropäisches Fallbeispiel“, in: Utopie kreativ, Heft 81/82 (Juli/August) 1997, S. 134–142.

Posser, Diether, Anwalt im Kalten Krieg: Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968, München: Bertelsmann, 2. Aufl. 1991.

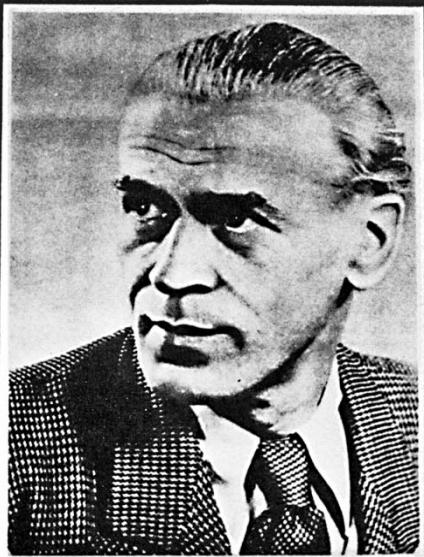
Reimann, Max, Entscheidungen 1945–1956, Frankfurt: Marxistische Blätter, 1973. 2. Aufl. 1974 (S. 124, 164).

Scheringer, Richard, Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen. Neue, vom Autor durchgesehene Ausgabe. Kleine Arbeiterbibliothek Kürbiskern 53. München: Damnitz, 1979 (S. 403).

Scheringer, Richard, Grüner Baum auf rotem Grund, München: Damnitz im Verlag Plambeck, 1983 (S. 33).

Staritz, Dietrich, „Kommunistische Partei Deutschlands“, in: Richard Stöß (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Band 2 FDP-WAV. Die Parteien der BRD 1945–1980, p. 1663–1809, Opladen, 1984 (S. 1776).

Mit Max Reimann



Für ein geeintes, freies
und glückliches Vaterland
Wählt Kommunisten



Wahlplakat der KPD zum Bundestagswahlkampf 1953.

Sinne einer militärischen Offensive oder beschwore er dieses Schreckgespenst nur, um sein eigentliches Ziel, die Einigung und Stärkung Westeuropas, voranzutreiben?“ heißt es in Gösta v. Uexkülls Adenauer-Monographie. „So oft und so gern er auch dieses Thema behandelte – fast immer mit den gleichen Worten und Wendungen: eine eindeutige Antwort auf diese Frage hat er nie gegeben und auch nie geben müssen“, denn die SPD und ihr Führer, Kurt

1./2. September, Rostock. Ostseefriedenskonferenz.

1. bis 3. September, Berlin. Zukunftskongress der Grünen zur programmatischen Neuorientierung. Thesenpapier dazu: www.gruenerzukunftskongress.de

9. November, Berlin. Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe. Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staatlichen Handelns und der zugrundeliegenden politischen Haltung auseinander. Mit Dr. Ralf Feldmann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neofaschismus“ • Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie‘ am Beispiel Verfassungsschutz und NPD-Verbotsverfahren“ • Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts“ • Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus“ • Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE): „Traditions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr“ • Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen“ 13.00 bis 18.00 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Eintritt: 5,00 Euro; ermäßigt 3,00 Euro. Veranstalter: VVN-BdA zusammen mit DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

9. September, Zabelitz (bei Rissa). Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

10. bis 15. September, Bayern. Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.

16. September, Berlin. Raus auf die Straße – Großdemo gegen Sozialabbau. Protestiert wird gegen die Massenarbeitslosigkeit, die seit Einführung von Hartz IV noch gestiegen sei und Arbeitslose in die Armut zwinge, gegen Aushöhlung von Tarifrechte durch 1-Euro-Jobs, dem Lohndumping der Lockerrung bzw. Auflösung des Kündigungsschutzes. Nullrunden bei Renten und das Heraufsetzen des Rentenalters seien ebenfalls ein Abbau des Sozialstaates. Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung könnten nur noch Reiche erkaufen. Menschen mit Behinderungen würden aus Kostengründen immer stärker in Heime gedrängt. Gegen diese und weitere Missstände soll mit dem 3. Sternmarsch protestiert und die Regierung zum Umdenken und Umhandeln aufgefordert werden.

30. September, Hannover. Programm-Konvent: Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland. Freizeitheim Ricklingen.

7. Oktober, Berlin. Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.

3. bis 5. November, Berlin. Die LINKE führt in Zusammenarbeit mit der RLS ein Nahost-Treffen durch, an dem sich Linke aus Israel, Palästina und Europa beteiligen.

4. November, Hannover. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

4. November, Augsburg. Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS Bayern.

27./28. November, Dresden. CDU-Parteitag, Wahl des Vorstands.

4. bis 7. Januar, Erfurt. Linke Schule. Näheres folgt.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag	13.5.	4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter

Berliner Gewerkschaften rufen auf zum Antikriegstag 2006

Mit dem Antikriegstag erinnern wir zusammen mit anderen Friedensgruppen an den Beginn des 2. Weltkrieges am 1. September 1939.

Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen begann ein gnadenloser Vernichtungskrieg mit mehr als 60 Millionen Toten. Auch 61 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 ist und bleibt der Antikriegstag für uns Mahnung und Verpflichtung zugleich: Rechtsextremistischer Ideologie und Gewalt entgegenzutreten und anstatt Kriege zu führen, für friedliche Lösungen von Konflikten einzustehen.

Die Notwendigkeit, Armut, soziale Ausbeutung, politische, kulturelle, religiöse und sexuelle Diskriminierung zu überwinden, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir stehen für friedliche und zivile Konfliktlösung und nicht für eine Escalation der Gewalt, wie es in schrecklicher Weise die Konflikte auch im Irak und Nahost wieder einmal zeigen. Krieg und Terrorismus sind immer Angriffe auf die Würde und Rechte von Menschen und müssen international verurteilt und geächtet werden. Alle Staaten sind hierbei aufgerufen, die internationale Gerichtsbarkeit anzuerkennen und die Funktion der Vereinten Nationen mit der Kernaufgabe präventiver Friedenspolitik zu respektieren.

Auch wir in der Bundesrepublik haben unseren Beitrag zum weltweiten Frieden zu leisten und unseren politischen Einfluss gegen Kriegstreiberei geltend zu machen.

Wir Gewerkschaften treten für die Ausgestaltung einer gerechten Weltfriedensordnung ein. Beteiligt euch am Antikriegstag und unterstützt unsere Forderungen!

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

Keine Stimme rechtsextremen und neofaschistischen Parteien!

DGB-Gewerkschaften und Friedensgruppen informieren am 1. September 2006 von 15.00 bis 18.00 Uhr auf dem Wittenbergplatz Berlin
www.berlin-brandenburg.dgb.de